

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Brno II.,

Sozialdemokrat, Brno II., Kavčičova nám. 32. Postfachamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billig berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzzährig . . . 192.—

Aufstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Sonntag, 18. März 1923.

Nr. 64.

## Die Bilanz der Koalition. Es gibt keine Ruhe im Staate, solange das Schutzgesetz besteht!

Rede des Senators Genossen Dr. Heller in der gestrigen Sitzung des Senates.

Das Gesetz zum Schutze der Republik mit dem es ergänzenden Gesetz auf Einsetzung eines Staatsgerichtshofes zur prompten Aburteilung aller, die sich in den Maschen und Schlingen des „Schutzgesetzes“ verfangen werden, wurde gestern auch vom Senat unverändert in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Form angenommen. Die Koalition wird sich beeilen, die Unterschrift des Präsidenten darunter setzen zu lassen, damit Schoupal, der Attentäter auf Dr. Rajchin, dem ein Teil des Gesetzes direkt auf den Leib angepaßt wurde, schon unter seiner Wirksamkeit abgeurteilt werden kann, womit das Gesetz seine Einweihung erfahren soll. Der Senat hatte es also sehr eilig und er hütete sich, auch nur einen Beistrich daran zu ändern. Wie verlogen der von den Mehrheitsparteien der Opposition gemachte Vorwurf ist, sie hätte nicht einmal den Versuch unternommen, das Gesetz durch Stellung von Abänderungsanträgen in ihrem Sinne zu verbessern, geht daraus hervor, daß in einer der letzten Obmännerkonferenzen der Senatsparteien Herr Prajsek, der Präsident des Senats, erklärte, wenn das Gesetz geändert werden sollte, würde es nach der Stimmung der Koalitionsparteien „gründlich geändert“, das heißt verschärft werden. Und ein anderer der tschechischen Herren meinte, das Gesetz sei „Limonade“, worauf ihm allerdings der Zwischenschrei zuteil wurde: „Ja, Limonade mit Phosphor!“ Den Herren der Mehrheit ist beim „Schönen“ der Republik der Appetit gekommen, so daß ihrem reaktionären Heißhunger nicht einmal dieses der Vernichtung der staatsbürgerlichen Freiheiten zugedachte Gesetz mehr genügen will.

In wenigen Tagen schon wird also die Reaktion mit Hilfe des Gesetzes an die Ernte gehen können. Wenn das Gesetz wirklich gehandelt werden sollte, dann würden sich die Gefängnisse des Staates bald als zu klein erweisen, die Masse der Missetäter zu fassen, die nach ihm verurteilt werden müßten. Seine Anwendung würde aber auch die Erötung jedweden politischen Lebens bedeuten, denn es gibt keine oppositionelle und freiheitliche Regierung, die nicht nach dem Gesetze mit Gefängnis- oder Kerkerstrafe bestraft werden könnte. Da die Unterdrückung jeder Kritik und die Unterbindung der politischen Bewegungsfreiheit erst recht zu gewaltsamen Eruptionen und zur Behinderung der natürlichen politischen und sozialen Entwicklung führen müßte, werden sich wenigstens gewisse Regierungsparteien vielleicht gezwungen sehen, nach einigen „statuierten Exempeln“ zu trachten, daß dem Schutzgesetz die Rolle eines „Damoklesschwertes“ zugewiesen werde. Daher wohl das Gerede, daß das Gesetz eigentlich „gegen niemanden“ gerichtet und daß „keine Persekution“ einzuleiten beabsichtigt sei. Das Gesetz soll als ständige Drohung über den Köpfen derer hängen, die der auf immer schwächeren Füßen stehenden Koalition das Leben sauer machen. Freilich ist es auch nicht unmöglich, daß jene Koalitionsparteien, die das Gesetz erkennen, um mit Feuer und Schwert gegen die „Staatsfeinde“ zu Felde zu ziehen, die Oberhand behalten. Dann wird das Schutzgesetz umso eher ausgelebt haben, denn je öfter und schärfer es zur Anwendung gelangen wird, umso eher wird sich der ihm innewohnende reaktionäre Wahnsinn zeigen, umso leidenschaftlicher und erbitterter wird auch der Kampf für seine Ausrottung mit Stumpf und Stiel geführt werden. Das Gesetz ist ein Diktator der einen Hälfte der Staatsbürger gegen die andere, wobei noch fraglich ist, ob die Hälfte, deren Vertreter im Parlament dieses Instrument der Reaktion verfertigten, die größere ist. Daß nun eine nachgerade künstliche Mehrheit auf die Dauer es aushalten könnte, mit Hilfe der ihr durch das Gesetz verliehenen Gewalt die Hälfte der Bevölkerung des Staates zu terrorisieren und zu drangsalieren, das werden die Machthaber selber nicht für möglich halten.

Während nun versucht wird, mit Hilfe des Schutzgesetzes dem schwankenden Gebäude der allnationalen Koalition neue Stützen zu geben, frißt der nagende Wurm im Gebälke unverdroß-

In diesen Tagen gedenkt die Arbeiterschaft festlich zweier Ereignisse: Der Revolution vom Jahre 1848 und der 40. Wiederkehr des Todes-tages von Karl Marx. Die Revolutionäre von 1848 und mit ihnen Karl Marx haben für die politische und soziale Befreiung gekämpft;

Wir sehen heute und hier dieses Werk fort gegen jene, welche daran sind, dem Volke die wichtigsten Errungenschaften der Revolution wieder zu rauben.

Es fällt mir nicht ein, den bürgerlichen Parteien einen Vortwurf zu machen, ihr Verhalten erscheint mir ganz selbstverständlich. Der Umsturz von 1918 hat das tschechische Bürgertum politisch, national und sozial zur Macht gebracht, es übt diese Macht brutal und rücksichtslos aus, um die nationalen Gegner zu unterwerfen, um die sozialen Feinde, die Arbeiter, zu knebeln. Seit dem Herbst 1920, seit der Beamtenregierung Cerny, sind die Regierungen dieses Staates trotz ihrer Verbrämung mit sozialistischen Ministern der klare Ausdruck dieser Machtverhältnisse. Sie brauchen dieses Gesetz, um es im gegebenen Augenblick auf die Nationen, vor allem aber auf die Arbeiterschaft,

und zwar auf die Arbeiterschaft ohne Unterschied der Nation mit seiner ganzen Schwere niederzulassen zu lassen.

Anderes ist es mit den sozialistischen Parteien, vor allem mit der tschechischen Sozialdemokratie. Ich will nicht glauben, das widerstrebt mir im höchsten Grade, daß sie bewußt die Helfershelfer der Reaktion sind; ich will nicht annehmen, daß sie in allerdings kaum glaublicher Verblendung an diesem Werke teilnehmen. Wenn wir aber nun sehen, wie die tschechischen Sozialdemokraten dieses Gesetz nicht nur dulden, sondern wie sie in der Presse und im Parlamente seine eifrigsten Vorämpfer sind, dann sinkt uns der Mut zu diesem Glauben. In diesem Zusammenhange muß ich mich mit der Rede befassen, welche der Abg. Dr. Meißner als Sprecher der tschechischen Sozialdemokraten und wohl auch als einer der hervorragendsten Mitarbeiter an diesem Gesetze im Abgeordnetenhaus gehalten hat.

Herr Dr. Meißner meinte, die hauptsächlichste Einwendung gegen das Gesetz gehe dahin, daß es das demokratische Prinzip verletze, und er sieht sich als Jurist bemüht, die Frage nach der aktiven Legitimation der Oppositionsparteien zu diesen Einwendungen zu prüfen. Am ausführlichsten beschäftigt sich aber Herr Dr. Meißner mit unserer Partei und da möchten wir ihm in aller Bescheidenheit noch einiges erwidern. Er billigt uns großmütig zu, daß wir, auch wenn wir in der Regierung wären, zu keinen strengen Straf-

sen weiter. Nicht einmal die gemeinsame Angst vor den Wählern und der Haß gegen die andern Nationen läßt unter den Mehrheitsparteien den inneren Streit verstummen, vielmehr greift die Koalitionsmüdigkeit unter ihnen so um sich, daß die „Prager Presse“ den Verbrosenen gehörig die Leiden liest: „Es gehen Leute herum, die, wenn sie auf die politischen Verhältnisse zu sprechen kommen, sich verbüßern und sagen: Die Koalition muß verschwinden! Gewöhnlich halten sich diese Leute für außerordentlich klug. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es ein wenig rätselhaftes Wesen sind und daß sie sicher ein großes heilbringendes Geheimnis mitführen müssen. . . In der Politik läßt man nicht den Spatz, den man in der Hand hält, los, in der etwas vagen Hoffnung, auf dem Dache irgend etwas zu finden.“ Die „rätselhaften Wesen“, die den „Spatz in der Hand“ loslassen wollen, sind natürlich nicht unter den Oppositionsparteien zu suchen, denn diese erblicken in der Koalition weniger einen „Spatzen“, als vielmehr, um in der Zoologie zu bleiben, ein ganz anderes Wesen. Es muß schon recht bunt hergehen in der angeblich so „geselligsten“ Koalition, wenn sich das Regierungsblatt bemüht, zur Beruhigung der Gemüter mit der Feuerpritze herbeizueilen.

bestimmungen greifen würden und bedauert das aus der Haltung unserer österreichischen Genossen, welche den Versuch der bürgerlichen Parteien in Oesterreich, ein ähnliches Gesetz durchzubringen, vereitelten. Wenn Herr Dr. Meißner daran die Bemerkung knüpft, es sei eine Folge dieses Verhaltens unserer österreichischen Genossen, daß jetzt Ludendorff in Oesterreich bewaffnete monarchistische Banden organisieren kann, so ist der Schmerz des tschechischen Sozialdemokraten darüber, daß unsere Genossen in Oesterreich einer christlichsozial-deutschen Nationalen Regierung eine so scharfe Waffe gegen die Arbeiterschaft, wie sie ein Schutzgesetz etwa nach der Art des uns heute vorliegenden wäre, nicht in die Hand gegeben haben, immerhin kennzeichnend für die Mentalität dieses — Sozialdemokraten. Mit Ludendorffs und Ihresgleichen werden die österreichischen Arbeiter, die allerdings dank ihrer Einigkeit und dank ihrer von der Politik des tschechischen Sozialdemokraten vollständig abweichenden Politik eine ganz andere Macht darstellen, als die in der Regierung sitzenden tschechischen Sozialdemokraten, schon fertig werden. Dazu brauchen sie keine Schutz- und keine Ausnahme-gesetze.

Herr Dr. Meißner wirft uns vor, daß wir die Demokratie nicht schützen wollen. Hält uns Herr Dr. Meißner für so naiv, daß er uns wirklich zumutet, zu glauben, es könne nicht der Fall eintreten, wo auch die Demokratie des Schutzes bedarf? Herr Dr. Meißner kennt die Geschichte des Sozialismus viel zu genau, als daß er nicht wüßte, daß gerade wir als Angehörige der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien unter gewissen Voraussetzungen für die Diktatur des Proletariats eintreten, also eine Auffassung vertreten, die der jetzigen strikte widerspricht, gegen die er als die unsere zu Felde zieht.

Aber allerdings werden wir den Schutz der Demokratie niemals einer bürgerlichen Regierung anvertrauen, einer Regierung, in der tschechische oder deutsche Nationalisten, tschechische oder deutsche Merikale sitzen. Wir werden niemals den Bod zum Gärtner machen.

Aber Herr Dr. Meißner weist sehr gut, daß er Argumente gegen uns nicht hat, und darum muß er sie erfinden. Dahinter verbirgt sich seine völlige Schwäche, die ihren Ausdruck darin findet, daß man unterlegt, wenn man nichts auszuliegen hat. Unsere Stellung zur Demokratie ist eine klare; sie ist die gleiche wie die aller sozialdemokratischen Parteien. Wir leben durchaus nicht im luftleeren Raum und wissen, daß die Demokratie Feinde hat, die sie beseitigen wollen, wissen, daß sie sich schützen muß.

Wenn also die Koalition die Bilanz ihres politischen Daseins zieht, so müßte sie selber über die Größe des unbedeckten Defizites erschrecken, das sich für sie daraus ergibt. Die Möglichkeit, innerhalb der Koalition eine Einigkeit über die der Lösung harrenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen herbeizuführen, wird immer geringer. So schließt denn auch die morgen zu Ende gehende Herbstsession mit einem Ergebnis von erschreckender Dürftigkeit. Außer dem Staatsvoranschlag, der Kürzung der Beamtengehalte wurde — die kleineren unwesentlichen Vorlagen nicht mitgezählt — eigentlich nur noch das Gesetz zum Schutze der Republik beschlossen. Für eine fünfmonatliche Session eine verzeifelt geringe Ernte. Der Hauptteil der Arbeit galt der Schaffung des Gesetzes, das die innerlich morsche Koalition auf festere Füße setzen und vor den Unbilden des politischen Kampfes schützen soll. Polizeigesetze haben wohl die Staatsbürger zu quälen, nie aber überlebte Systeme zu erhalten vermocht. Das Schutzgesetz ist fertig, doch aus der Bilanz der Koalition geht hervor, daß trotz der vom Gesetz weit geöffneten Kerker Türen die Entwicklung über alle Hemmnisse hinweg ihren Lauf nehmen wird.

Aber dieses Gesetz schützt nicht die Demokratie, sondern den bürgerlich-kapitalistischen und den nationalistischen Staat, es gibt den reaktionärsten Parteien die schärfsten Waffen in die Hand, es schützt nicht die Demokratie, sondern bedroht sie!

Wir wünschen es nicht, aber wir fürchten, daß die Zeit kommen wird, zu der die tschechischen Sozialdemokraten am eigenen Leibe erfahren werden, wie recht wir haben!

Lernen Sie nicht aus den Erfahrungen, die Sie mit dem Terrorgesetz gemacht haben?

Senator Genosse Dr. Heller wies sodann in eingehender Begründung darauf hin, daß der Vergleich mit dem deutschen Schutzgesetz, den Dr. Meißner aufgestellt hatte, unrichtig sei. Wir bestreiten, daß in diesem Staate der republikanischen Staatsform oder der Demokratie eine ernsthafte Gefahr droht, es sei denn von seiten jener, die sich heute als ihre Schützer aufspielen, aber jeden Augenblick bereit sind, Republik und Demokratie ihren kapitalistischen und reaktionären Interessen zu opfern. Das deutsche Ausnahme-gesetz charakterisiert sich selbst als solches und schränkt die Dauer seiner Wirksamkeit von vornherein auf drei Jahre ein. Dieses Gesetz aber soll dauernden Bestand haben. Darum hindert der Vergleich, den Dr. Meißner zwischen diesem Staate und Deutschland zieht, darum sind auch alle an diesen Vergleich geknüpften Folgerungen hinfällig. Wir wollen den versteckten Vorwurf, den Dr. Meißner gegen uns erhebt, als wären wir „Staatsfeinde“, nicht weiter machen. Es scheint, als würde der allzu intensive Verkehr mit Reaktionen auf die Gedankengänge und die Diktion der tschechischen Sozialdemokraten ab-färben. Uns läßt dieser Vorwurf sehr kalt.

Wir sind Gegner dieses Staates, wie wir Gegner jedes kapitalistischen Staates, auch des deutschen oder österreichischen sind. Wir wissen aber, daß es unsere geschichtliche Aufgabe ist, innerhalb dieser kapitalistischen Staaten, also auch der Tschechoslowakei, Stein um Stein zusammenzutragen zum Bane einer neuen Gesellschaftsordnung.

Wenn das Herr Dr. Meißner als „Staatsfeindschaft“ ansieht, so mag er das vor seinem sozialistischen Gewissen ver-antworten.

Herr Dr. Meißner meint ferner, das vorliegende Gesetz bedeute einen großen Fortschritt gegenüber dem österreichischen Strafgesetz, beseitige dessen Klausulparagrafen und lasse für antisozialistische oder antieigentumschaftliche Auslegungen keinen Raum. Redner führt sodann Beispiele für die Klausulform des vorliegenden Gesetzes an. Nahezu jeder Paragraph bietet Gelegenheit zu allen erdenklichen Künsten der Auslegung. Politische Delikte haben die Eigentümlichkeit, daß sie sich in klare, konkrete, der Auslegung entzogene Worte nicht kleiden lassen. Es kann klar und strikte gesagt werden, wenn ein Mord, ein Raub, ein Diebstahl vorliegt. Es ist aber unmöglich, einwandfrei zu definieren, was ein „Anschlag gegen die Republik“, ein „Staatsgeheimnis“, eine „große Ungehörigkeit“ oder eine „Aufhebung“ ist. Das alles läßt der subjektiven Beurteilung den breitesten Spielraum. Für Delikte dieser Art war daher, u. z. für alle politischen Delikte mit Ausnahme der Majestätsbeleidigung und der Auspöhung, bisher das Schwurgericht zuständig. Hierin lag das wichtigste Korrektiv gegen die ungeheuerlichen Bestimmungen des alten Strafgesetzes. Die nach freiem Ermessen urteilenden Richter aus dem Volke, die von der jeweiligen Regierung unabhängig waren, boten die Gewähr gegen eine übertriebene Anwendung der Klausulbestimmungen des Strafgesetzes. Und dieses Korrektiv wirkte so durchschlagend, daß es durch zwanzig Jahre bis zum Kriege, Anslagen wegen politischer Delikte kaum mehr gab.

Das vorliegende Gesetz trifft hierin eine grundlegende Aenderung, indem es die politischen Delikte theoretisch zum größten Teile, praktisch aber zur Gänze den Geschworenengerichten zuweist und teils dem Staatsgerichtshofe, teils den Kollegialgerichten, teils den Bezirksgerichten zuweist.

In der Praxis haben hiemit die Schwurgerichte aufgehört, in politischen Dingen Recht zu sprechen. So feiert die tschechoslowakische Republik das Andenken an die Revolution von 1848! Eine der wichtigsten Errungenschaften dieser Revolution, wie der liberalen Epoche des Bürgertums überhaupt, war die Errichtung der Geschworenengerichte, insbe-



sonders für politische Delikte. Dieser demokratischen Republik war es vorbehalten, diese Errungenschaften preiszugeben und dabei helfen die sozialistischen Parteien. Schon dieser Umstand allein genügt, um unsere heftigste Feindschaft gegen dieses Gesetz hervorzurufen.

Die Verteidiger des Gesetzes behaupten, es sei milder, als das bisher geltende Strafrecht. Ich will versuchen, diese Behauptung auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Wichtig ist, daß die Todesstrafe, welche bisher auf Hochverrat im allgemeinen gesetzt war, auf die Delikte, welche an die Stelle des § 58 treten, also die §§ 1 bis 3 des Gesetzes nicht mehr gesetzt ist. Es scheint, daß diese Tatsache für das Gesetz zum Schutze der Republik die gleiche Rolle spielen soll, wie sie die Einführung des gleichen Wahlrechtes für unser Verfassungsleben überhaupt spielt. Die regierenden Parteien führen als Beweis für die in diesem Staate herrschende Demokratie immer wieder das gleiche Verdict an und rechnen es sich als besonderes Verdienst an, daß alle Klassen und Nationen im Staate in dieser Richtung gleich behandelt werden. Daß daneben die Verfassung und besonders die Verwaltung von einer wahrhaftigen Demokratie weit entfernt ist, verschweigen sie schamhaft. Dasselbe Spiel soll anscheinend mit der Abschaffung der Todesstrafe für jene Delikte, die bisher als Hochverrat bezeichnet wurden, gespielt werden.

Daß daneben barbarische Strafen im Gesetze enthalten sind, daß vielfach in Zukunft politische Delikte strenger bestraft werden, als gewöhnliche Delikte, darüber versuchen Sie die Öffentlichkeit hinüberzutäuschen.

Es mag dahingestellt bleiben, ob der lebenslängliche Kerker überhaupt eine mildere Strafe ist, als der Tod. Er erfährt aber in diesem Gesetze eine Anwendung, wie sie das bisher geltende Strafrecht nicht kannte. Es ist auch besonders mehr als bescheiden, wenn man sich rühmt, milder zu sein, als es ein Gesetz aus den Jahren 1803 und 1853, also aus den Zeiten Metternichs und Metternichs, den Zeiten der schlimmsten Reaktion war. Wahrscheinlich, die demokratische Republik ist bescheiden geworden. Schon den Vergleich mit jenem Entwurfe, den das österreichische Herrenhaus im Jahre 1913 beschloß und in dem Hochverrat mit Kerker oder Gefängnis von 5 bis 20 Jahren bedroht wird, hält das Gesetz nicht aus.

Ein eklatantes Beispiel für die „Milde“ des Gesetzes ist auch sein § 7. Während bisher versuchter Mord nach § 138 St. G. mit schwerem Kerker von einem bis zu fünf Jahren und nur bei Raubmord, Mord, bestelltem Mord oder Mord an nahen Angehörigen mit schwerem Kerker von 10 bis 20 Jahren und nur bei besonders erschwerenden Umständen mit lebenslänglichem Kerker bestraft wurde, soll in Zukunft der versuchte Mord, wenn er an dem derzeitigen oder ehemaligen Präsidenten, dessen Stellvertreter, dem derzeitigen oder ehemaligen Vorsitzenden oder einem Mitgliede der Regierung, einem Mitgliede einer gesetzgebenden Körperschaft, dem derzeitigen oder ehemaligen Gouverneur von Karpathenland, einem derzeitigen oder ehemaligen Mitgliede des Staatsgerichtshofs verübt wird, mit lebenslänglichem Kerker bestraft werden. Wie „milde“ ist doch dieses Gesetz!

Die körperliche Beschädigung wurde bisher, wenn sie keine schwere war, als Übertretung mit Arrest von 3 Tagen bis zu 6 Monaten, wenn sie eine schwere war, mit Kerker von 6 Monaten bis zu einem Jahre, bei erschwerenden Umständen bis zu 5 Jahren, in ganz besonders schweren Fällen bis zu 10 Jahren bestraft. In Zukunft wird nach § 8 des Gesetzes auch die geringste körperliche Beschädigung, wenn sie am Präsidenten, dessen Stellvertreter, dem Vorsitzenden oder einem Mitgliede der Regierung, dem Vorsitzenden des Parlamentes oder dem Gouverneur von Karpathenland verübt wurde, mit Kerker von 6 Monaten bis zu 5 Jahren, ja mit lebenslänglichem Kerker bestraft. Oder ist es eine „Milde“, wenn Täter, die das 20. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, nur mit schwerem Kerker von 2 bis 10 Jahren bestraft werden?

In allen wahrhaft demokratischen Staaten — ich verweise nur auf England — muß das Staatsoberhaupt, das von irgend jemand in seiner Ehre verletzt wurde, wie jeder andere Staatsbürger sein Recht vor Gericht suchen. Durch den § 11 des Gesetzes wird die an dem Präsidenten oder dessen Stellvertreter begangene Ehrenverletzung zum öffentlichen Delikt und mit strengen Strafen bedroht. Wie dieser Vorgang mit dem Grundsätze, daß alle Staatsbürger vor dem Gesetze gleich sind, zu vereinbaren ist, bleibt ungeklärt.

Eine schwere Verschärfung des bisherigen Zustandes ist auch darin gelegen, daß neben dem Freiheitsstrafen Geldstrafen bis zu 500.000 K. auferlegt werden können (§ 29), und daß im Falle der Unabbringlichkeit weitere Freiheitsstrafen bis zu einem Jahre eintreten. Hierdurch wird für die mittellose Bevölkerung noch eine eigene Strafverschärfung geschaffen, die der verfassungsmäßig gewährleisteten Gleichheit vor dem Gesetze widerspricht. Wir glauben, daß mit diesen Ausführungen, die sich noch beliebig erweitern lassen, das Märchen von der „Milde“ dieses Gesetzes endgültig widerlegt ist.

Aus diesen Ausführungen geht aber auch hervor, daß durch das Gesetz in zwei Richtungen Grundzüge verwirklicht werden, welche jeder wahren Demokratie ins Gesicht schlagen, und zwar:

### Es wird ein Kreis privilegierter Personen geschaffen.

Die gegen diese Personen wegen der Ausübung ihrer politischen Tätigkeit begangenen strafbaren Handlungen werden mit gewissen Abstrichen strenger bestraft, als die gleichen an anderen Sterblichen begangenen Delikte. Ungefähr 600 Menschen werden in Zukunft eine Ausnahmestellung einnehmen. Jeder Mensch, der im politischen Leben steht, ist Angriffen mehr ausgesetzt, als Menschen, die nur ihrem Berufe nachgehen. Das gilt nicht nur von den Mitgliedern der Regierung und des Parlamentes, sondern in gleicher Weise von jedem Funktionär einer politischen Partei. Sie müssen die Entschädigung für diese erhöhte Gefahr in dem erhöhten Ansehen, das sie genießen, in dem erhöhten Einflusse, den sie ausüben, oft auch in erhöhten Bezügen finden. Sie besonders zu schützen, bedeutet, ihnen ein Privilegium einräumen, das mit der Demokratie, deren wichtigstes Prinzip die Gleichheit der Staatsbürger ist, unvereinbar ist.

### Dieses Gesetz hat zur Folge, daß in Zukunft politische Delikte strenger bestraft werden, als gemeine Delikte.

Die aus Habgucht, Gewinnsucht, Rachgier begangene strafbare Handlung, also jene Handlung, die aus einem niedrigen, gemeinen Motive hervorgeht, wird milder bestraft werden, als die aus politischen Motiven begangene strafbare Handlung. Der Kaufbold, der seinen Nebenmenschen körperlich beschädigt, wird besser davonkommen, als derjenige, der in überhitzter Leidenschaft, die doch immerhin den Eigennutz und die beabsichtigte Gewalttätigkeit ausschließt, den politischen Gegner, wenn er eine privilegierte Person ist, verletzt.

### Solche Bestimmungen widersprechen jedem modernen Strafrecht, das bei Bemessung der Strafe vor allem das Motiv berücksichtigt, sie bringen uns in die finsternen Zeiten der politischen Reaktion und des Absolutismus zurück.

In die Stelle der privilegierten Person des Kaisers treten 600 geheiligte Personen, währlich ein Erfolg, den sich die Revolution von 1918 niemals erträumt hätte, der ein berechtigtes Zeugnis für die herrschende Reaktion bildet.

Ungeheim bezeichnet ist, wie die Sprecher der Mehrheitsparteien und besonders Herr Dr. Reichner über gewisse Bestimmungen des Gesetzes hinwegsehen, die von der weittragendsten Bedeutung sind und die einen enormen Rückschritt nicht nur der Nachkriegszeit, sondern dem österreichischen Strafrecht gegenüber bedeuten. Das schlechte Gewissen der Herren dokumentiert sich hier ganz klar. In allen Fällen — mit ganz geringen Ausnahmen — verbietet das Gesetz die Anwendung des außerordentlichen Milderungsrechtes dann, wenn die Handlung zu Zeiten eines Krieges oder zu einer Zeit begangen wurde, zu der die öffentliche Ordnung in größerem Umfange gestört wurde und zu ihrer Wiederherstellung außerordentliche Mittel angewendet werden mußten. Praktisch genommen, bedeutet das die Ausschließung des Milderungsrechtes überhaupt. Denn wann, zu welchen Zeiten werden politische Delikte in größerer Anzahl begangen? In aufgeregten politischen Zeiten, also in jenen, in denen das, was der Gesetzgeber die „öffentliche Ordnung“ nennt, gestört wird. Jeder größere Streit, bei dem zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung außerordentliche Mittel, d. h. Militär oder Gendarmerie in größerer Zahl aufgebieten werden, wird die gewünschte Gelegenheit geben, um mit scharfen Strafen die unbotmäßigen Sklaven des Kapitals zur Reue zu bringen.

Eine jener Errungenschaften der Nachkriegszeit, auf welche die Republik stolz war, übrigens heute in allen Kulturländern eine Selbstverständlichkeit, wird durch das Gesetz für das Gebiet der politischen Delikte teils aufgehoben, teils wesentlich eingeschränkt, die bedingte Verurteilung. Es scheint, daß eine gewisse justizielle Wollust am Einsperren die Verfasser dieses Schandgesetzes überkommen hat. Auch in der Frage der bedingten Verurteilung hat die Reaktion gefestigt. Das Gesetz macht ferner den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte obligatorisch, — man bedenke, bei politischen Delikten! — für alle Fälle, in denen die Strafe mindestens ein Jahr beträgt, bei allen niedrigeren Strafen, wenn die Tat aus niedrigen und unehrenhaften Motiven begangen wurde. Wie boshaft hier das Gesetz ist, zeigt sich aber in der weiteren Bestimmung, daß der Verlust dieser Rechte auch über die Zeit der Abhängung der Strafe hinaus dauert.

Es bleibt mir nun eines des traurigsten Kapitels dieses Gesetzes zu besprechen übrig, das ist die Behandlung, welche der Presse widerfährt. Nach den bisher geltenden Gesetzen gehörte die durch eine öffentliche Druckschrift begangenen strafbaren Handlungen ausnahmslos vor die Schwurgerichte. Diese Verweisung der Pressdelikte an die Gesandten war eine der ersten Fortbildungen der Revolution von 1848 und des Liberalismus überhaupt.

Könnte der Staatsanwalt bisher die einzelne Nummer einer Zeitung konfiszieren, so wird ihm nunmehr noch überdies die Möglichkeit gegeben, unliebsame Zeitungen einfach einzuzuzwingen. In nicht weniger als neun im Gesetze mit Strafen bedrohten Fällen wird das Verbot eine Zeitung einzustellen können, wenn diese Zeitung schon vorher wegen derselben Delikte konfiszieren wurde und zu „beschränkt“ ist, daß dieselben Handlungen wiederholt werden. Ist einmal ein solcher Ausspruch rechtskräftig

geworden, so verfügt einfach die politische Landesverwaltung die Einstellung auf die Dauer von einem bis zu 6 Monaten, je nachdem, wie oft die Zeitschrift erscheint. Aber nicht genug damit! Die Jurisdiktion über die Pressdelikte wird in politischen Dingen den Schwurgerichten entzogen und in der Praxis dem Staatsgerichtshof und den Kollegialgerichten überwiesen. Nur in einigen wenigen Fällen wird der Staatsanwalt die Möglichkeit haben, die Sache vor das Schwurgericht zu bringen, von welcher Möglichkeit er dort Gebrauch machen wird, wo ihm die nationalen oder die Klassenverhältnisse eine Verurteilung wahrscheinlich erscheinen lassen.

### So wird nunmehr der Staatsanwalt zum Herrn über Tod und Leben der Zeitung gemacht.

Das Gesetz bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als das Ende einer unabhängigen Presse, die etwa unter das Niveau der „Prager Presse“ oder der „Ceskoslovenska Republika“ herabgebracht werden soll. Eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution, des Bürgertums aus seiner Kampfzeit gegen den Feudalismus, wird von dieser Regierung und ihrer Mehrheit, die sich demokratisch zu nennen wagt, vernichtet. So feiert die tschechische Republik, so feiern die tschechischen Sozialdemokraten das Andenken an die Revolution, so ehren die letzteren das Andenken Karl Margens 40 Jahre nach seinem Tode!

## Das Schutzgesetz im Senate angenommen.

Nunmehr hat auch der Senat das Schutzgesetz und die Vorlage über den Staatsgerichtshof erledigt — die zweite Lesung, die am Montag erfolgt, ist ja eine bloße Formalität — und es fehlt nur noch die Unterschrift des Präsidenten Masaryk, damit das Werk einer auf Irrwege geratenen Demokratie die furchtbaren Wirkungen eines Ausnahmegesetzes auszulösen beginnt. Daß diese Auswirkungen tatsächlich eintreten werden, zeigt uns das deutsche Beispiel. Auch in Deutschland hat man ein Gesetz zum Schutze der Republik gemacht, ein Gesetz, das — und das muß den tschechischen Sozialdemokraten, die sich so gerne auf das deutsche Beispiel berufen, gesagt werden — unter wesentlich anderen Verhältnissen entstanden ist, und das zeitlich begrenzt ist, wie es auch für Zeiten der Wahlkampagne nicht gilt, sodaß es nicht zu einem Schutzgesetz der Wahlfürchter werden kann. Dieses Gesetz wird überdies in Deutschland kaum angewendet. Das deutsche Schutzgesetz ist ein Beispiel, aber ein warnendes Beispiel.

Vergeblich war der Appell aller oppositionellen Parteien an die Koalition, vergeblich insbesondere der Appell der deutschen Sozialdemokraten an die tschechischen Sozialdemokraten, die das Gesetz wirklich am eigenen Leibe spüren wollen. Davon werden sie sich vielleicht früher überzeugen, als sie denken, und früher, als es ihnen lieb ist. Sie haben das Terrorgesetz mit in die Welt gesetzt und haben dessen Wirkungen auch bereits verspürt. Die vor einiger Zeit gegen die Skoda- und Ringhofferarbeiter ergangenen Urteile, die sich auf dieses Terrorgesetz stützen, sprechen wohl eine deutliche Sprache. Die Rede des Schutzgesetzes wird leider eine noch klarere sein. Vielleicht eine so klare, daß sie den tschechischen Sozialdemokraten die Koalitionsschritte, durch die sie alle Dinge betrachten, von den Augen reißt wird. Dann würde sich am Schutzgesetz das Wort bewahrheiten, daß alle Dinge neben ihren schlechten Seiten auch gute haben.

Unsere Senatoren und auch die aller anderen oppositionellen Parteien verlassen nach der Rede des Genossen Dr. Heller und des Senators Dr. Spiegel die Sitzung, um so neuerlich darzutun, daß sie mit der vollen Verantwortung für die Ausnahmegeetze die Koalitionsparteien belasten. Die vier kommunistischen Senatoren hielten es für nötig, sich aus egoistischen Parteigründen auf eine Extratour zu begeben und an der Beratung des Schutzgesetzes teilzunehmen. Ihren Rednern hörte allerdings zuweisen auch nicht ein Senator zu.

Durch die Erledigung dieser Vorlagen erscheint die Herbstsession auch im Hause jenseits der Moldau de facto beendet. Die Frühjahrssession wird formell schon am Donnerstag oder Freitag beginnen. In dieser Sitzung will der Senat zwei Rechnungsabschlüsse und eine Immunitätsache erledigen. Die erste Arbeitssitzung der neuen Session dürfte in das Ende des Monats April fallen. In dieser Sitzung wird sich der Senat mit dem inzwischen vom Abgeordnetenhaus erledigten Mieteerschutzgesetz befassen.

155. Sitzung. Präsident Bradak eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten. Der Senat beschließt, die Debatte über das Schutzgesetz und den Staatsgerichtshof in einem abzufahren. Daraufhin verlassen die Abgeordneten aller Oppositionsparteien, mit Ausnahme der Kommunisten, den Saal.

Unsere Ehre als Menschen und als Sozialdemokraten verbietet uns, uns an den Beratungen über dieses Gesetz, das das Ende jeglicher Freiheit in diesem Staate bedeutet, zu beteiligen. Sie glauben, dieses Gesetz rächt bestialischen Müssen, um die angeblich durch uns erregte Öffentlichkeit zu beruhigen, ihr zu zeigen, daß es sich um ein mildes, erträgliches Gesetz handelt.

Ruhe, die Ruhe des Friedhofs, das ist die Atmosphäre, in der Sie sich wohl fühlen. Das Damoklesschwert soll über den Bürgern schweben und sie zur Ruhe, der ersten Bürgerpflicht zwingen. Wir aber sagen Ihnen: Es gibt keine Ruhe in diesem Staate, solange dieses Gesetz besteht.

Aller Drohungen spotten wir. Unsere Vorgänger und manche unter uns haben das Sozialistengesetz in Deutschland, den Ausnahmezustand in Oesterreich erlebt! Und Bismarck war immerhin noch ein anderer Herr, als irgend ein Sramel oder Ramar.

Sie sind viel zu armfelig, um die Entwicklung aufhalten zu können auch dann, wenn es Ihnen gelungen ist, vor den Karren der Reaktion Parteien zu spannen, die sich sozialistische nennen! Aus allen Verfolgungen ist der Sozialismus stärker hervorgegangen. Ihrer Gewalt, Ihrer Geflossenheit sehen wir Gesetz und Recht entgegen, Ihrer Reaktion den Fortschritt, der Knechtschaft die Freiheit!

Der Berichterstatter des verfassungsrechtlichen Ausschusses über das Schutzgesetz Senator Dr. Klouda (tschechischer Sozialist) erklärt, daß er das Referat mit Freude übernommen hat, um so zu manifestieren, daß seine ganze Partei hinter dem Gesetze stehe.

Der Berichterstatter des Ausschusses über das Gesetz betreffend die Errichtung des Staatsgerichtshofes Senator Dr. Prochaska meint, daß durch dieses Gesetz die moralischen Ansichten der Bevölkerung geboben werden.

Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Finanzminister Mahpeiz, gab sodann eine Erklärung ab, in der es heißt: Der Staat muß sich mit würdigen Mitteln schützen. Es handelt sich beim vorliegenden Gesetz um kein Ausnahmegesetz und der Gegenbeweis hierfür ist nicht gelungen. Das Gesetz hat den Zweck, die staatlichen Einrichtungen zu schützen. Es ist klar, daß die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung das Gesetz wünscht, um die Entwicklung des Staates sicherzustellen.

Justizminister Dr. Dolansky ergreift das Wort, um die Mißverständnisse bei jenen, welche glauben, daß das Gesetz reaktionär ist, zu „gestreuen“. Ein Mißbrauch des Gesetzes sei ausgeschlossen.

Nach der Rede des Justizministers erscheinen die Abgeordneten aller oppositionellen Parteien im Beratungssaal und zum Worte gelangt

Senator Genosse Dr. Heller, dessen Ausführungen wir an anderer Stelle wiedergeben. Als Redner mit Dr. Reichner polemisiert, wird er wiederholt von den tschechischen Sozialdemokraten durch Zwischenrufe unterbrochen. Es kommt zu heftigen Kontroversen unserer Genossen mit den tschechischen Sozialdemokraten. Unsere Genossen machen die tschechischen Koalitionssozialisten auf die Urteile gegen die Skodaarbeiter aufmerksam, was besonders Senator Jirasek nicht „verträgt“ und ihn zum Ausrufe veranlaßt: „Ihr seid Nationalisten“, worauf ihm unsere Genossen darauf aufmerksam machen, wie merkwürdig dieser Vorwurf in seinem Munde klinge. Die weiteren Ausführungen des Redners werden wiederholt von stürmischen Zustimmungsrufen und Beifallsklängen begleitet. Der Berichterstatter Dr. Prochaska unterbricht den Redner durch den Zuruf: „Jüdische Freiheit“, was unter den deutschen sozialdemokratischen Senatoren neuerliche Erregung hervorruft. Genosse Reichner: „Das ist eine unerhörte Art des Berichterstatters!“ Als die Koalition lachen, ruft Genosse Reichner: „Wie bei einem Volksfest, so lustig ist die Koalition.“ Der Berichterstatter erhält einen Ordnungsruf. Am Ende der Rede Dr. Hellers ertönt langanhaltender Beifall bei den deutschen Sozialdemokraten.

Senator Dr. Spiegel (deutsch-demokratische Freiheitspartei) erklärt, daß er namens seiner Partei, sowie der übrigen deutschen bürgerlichen Parteien und auch namens der slowakischen Volkspartei gegen beide Gesetze einschüßelnde Protest einlegen müsse. (Lauter Beifall auf den Bänken der Deutschbürgerlichen Partei.) Redner sagt, er wolle an beiden Gesetzen als Fachmann Kritik üben und müsse vor allem den Worten des Professors Klab bestimmen, welcher sagt, daß das Gesetz zum Schutze der Republik überflüssig und gefährlich sei. Unerfüllt sei das Gesetz deshalb, weil man mit dem alten Strafrecht ganz gut auskommen kann. Es ist ein schlimmes Zeichen, wenn sich die Gesetzgebung entschließt, Gelegenheitsgesetze zu beschließen. Wenn man glaubt, daß alle Ministerarbeiten in diesem Staate Staatsfeinde sind, dann müßte doch der Staat trachten, diese Staatsfeindschaft zu beheben, was aber nicht dadurch geschieht, daß er gegen Symptome ankämpft. Das Gesetz ist aber auch technisch schlecht, denn es ist unklar und verwickelt, die Tatbestände sind in objektiver und subjektiver Beziehung unbestimmt. Man will nicht die Absicht strafen, sondern die Gesinnung, und das Ärgste ist, immer



ein Gefinnungsmaßstab. Man kann auch auf eine Autonomie der Gesetzgebung und Rechtsprechung hinwirken, und dieses habe ich im Namen der „Slovenska strana ludova“ besonders hervorzuheben, daß sie darauf nicht verzichten wird. Die Slowaken haben ein gutes Recht darauf, daß der Pittsburger Vertrag verwirktlich wird. Sie haben alles aufgebaut auf den Friedensverträgen, die heute Freund und Feind fallen lassen. Sie übersehen immer wieder, daß das, was hier geschieht, nur ein kleiner Ausschnitt ist aus der Weltgeschichte. Das Gesetz zum Schutze der Republik wird Sie nicht schützen gegen das, was notwendig die Geschichte mit sich bringen wird, und über dem Staatsgerichte steht das Weltgericht. (Beifall, Zwischenrufe von Seite der Koalitionsparteien.)

Sodann verlassen die deutschen Sozialdemokraten, die Deutschbürgerlichen und die slowakische Volkspartei korporativ den Sitzungssaal.

Senator Chlumecny (Kommunist) erklärt, daß das Gesetz nicht ein Gesetz zum Schutze der Republik, sondern zum Schutze der tschechischen sozialdemokratischen Mandate ist.

Senator Pruda (Kommunist) erklärt, daß der alte österreichische Geist durch das Gesetz in der Republik einziehe.

Senator Matušeak (Kommunist) sagt, daß das Gesetz eigentlich in die Richtung zum Monarchismus führt.

Senator Tréba (tschechische Gewerkschaft) erklärt, daß seine Partei nicht mit dem Gesetz einverstanden sei, daß sie aber dennoch dafür stimmen werde.

Senator Dr. Soukup (tschechischer Sozialdemokrat) erklärt, daß es sich um kein Ausnahmengesetz handle, sondern um eine bauernde Novelle zur

bisherigen Strafgerichtsordnung und zwar um eine Unifikationsnovelle. Obwohl er Angriffe auf das Gesetz erwartet habe, sei er doch überrascht, daß an der Spitze der Angreifer die deutschen Sozialdemokraten stehen, die gegen das Gesetz eine Reihe Beleidigungen und Vorwürfe vorgebracht haben. Wir haben gehört, daß dieses Gesetz die größte Schande des Parlaments und das reaktionärste Gesetz sei und daß wir nach der Erklärung des Dr. Cizek die Ideale beleidigt haben, für welche in den Hussitenkriegen Blut geflossen ist. Redner glaubt, daß er nicht verpflichtet ist, darauf zu antworten, da die ganze Welt die Wahrheit sehe. Es sei selbstverständlich, daß die tschechischen Sozialdemokraten verpflichtet sind, die demokratisch-republikanische Staatsform, den Präsidenten der Republik, die Mitglieder der Regierung und der verfassunggebenden Körperschaften zu schützen. Gleich nach dem Gesetze zum Schutze der Republik werde eine Novelle des Pressegesetzes folgen und Redner hält es für nötig, daß besonders Ehrenbeleidigungen, die in der Presse zugesagt werden, den Geschworenengerichten entzogen werden. Das vorliegende Gesetz stelle nur das Minimum (!) dessen vor, was zum Schutze der Republik nötig sei. Schließlich erinnert Redner an die in der Neujahrsnummer der „Freiheit“ erschienene Aufforderung an die tschechischen Sozialdemokraten, aus der Koalition auszutreten und verweist auf den Standpunkt, den in dieser Sache Redakteur Stampfer im „Vorwärts“ eingenommen habe. Redner erklärt, daß die tschechischen Sozialdemokraten dem Recepte Dr. Hellers nicht folgen würden.

Nach dem Schlusswort der Berichterstatter wurde das Gesetz in erster Lesung angenommen.

### Inland.

**Die Maulausreißer und die Vollbäuchigen.** Die unausgesetzten Anrempelungen des Bundes der Landwirte durch die deutschnationalen Presse, insbesondere durch Schöllichs „Volkstrost“, haben die „Deutsche Landpost“ veranlaßt, endlich aus ihrer bisherigen Reserve herauszutreten und in einem Leitartikel die „Reutische Politik“ so vom oben her abzulanzeln. Die „Landpost“ meint, sie habe es nicht nötig, sich mit der Politik der Herren Schöllich und Brunar zu befassen, kann sich aber nicht enthalten, die Angriffe und Schimpfereien der Deutschnationalen zunächst mit gleicher Münze heimzuzahlen. Und so nennt sie denn „die in Reutischein als nationalen Urstoff verzapfte Politik“, „ein Zeichen der tiefsten Ignoranz“, „politischer Maulausreißer“. Die „Landpost“ mag das seltsame Vergnügen genießen, daß wir uns in diesem Falle ihrem Urteil anschließen. Denn die Deutschnationalen ignorieren tatsächlich jede Wirtschafts- und Realpolitik und suchen mit Phrasen zu beweisen, daß man mit dem Schädel durch die Wand könne, wobei es nach ihrem Rezept die Wirkung erhöht und den Schmerz verringert, wenn man den Mund dabei recht weit aufreißt. Also hierin geben wir der „Landpost“ recht: dadurch, daß man am Bierisch mit der Faust aufhaut, wird man nur den Dämmstirn einreden können, daß es vorwärts geht. Dagegen aber wirkt die „Landpost“ furchtbar lächerlich, wenn sie den Deutschnationalen entgegenhält, wie sehr sie, die Agrarier, um die Wirtschaft, um die Interessen des deutschen Volkes bemüht sind, wie sehr sie „die Sorgen eines Landmannes, eines Arbeiters, eines Gewerbetreibenden, eines Handelsmannes erkannt und verspürt haben.“ Es gibt ja leider noch Kleinbauern genug, die da meinen, der „Bund der Landwirte“ sei ihr Interessenvertreter. Die große Masse aller ums tägliche Brot Arbeitenden aber hat doch längst erkannt, daß die „Deutsche Landpartei“ und die „Landpost“ in Wahrheit nur Organisation und Sprachrohr des kapitalistischen Grundbesitzes sind. Darum kann die „Landpost“ leicht vom „Nutzen und Uebertreten der völkischen wirtschaftlichen Kraft sprechen“, denn daß die wirtschaftliche Kraft der deutschen Großagrarien „flutet“ und „überflutet“, hat niemals jemand bezweifelt. Das „deutsche Volk“, arbeitslos und verhungerns, leidet Not. „Die in billig und leicht erworbenen Fettsöpfen sich Mästen“ aber — damit meint die „Landpost“ die Deutschnationalen — sind nicht minder zahlreich im „Bunde der Landwirte“ zu finden, denen es sich stets nur darum handelt, den „Bauch zu füllen“. Ums Mästen geht es den einen wie den anderen, den Industriellen so wie den Grundbesitzern, nur daß jene dabei das Maul noch weiter aufreißt.

**Das Programm der tschechischen Rajisten.** Der „28. Jijien“ bringt auf der ersten Seite unter dem Titel „Für die Befreiung der Nation, für den nationalen Staat“ einen Aufruf des Zentral-Exekutivkomitees der nationalen Bewegung, worin es unter anderem heißt: „Die Begeisterung über die Erneuerung der staatlichen Selbständigkeit ist bald nach dem 28. Oktober 1918 leider anderen Gefühlen gewichen. Die Hoffnung, daß wir eifrig arbeiten werden, um die Freiheit und den Ausbau eines starken Nationalstaates zu sichern, wurde getäuscht. Die alten Zwistigkeiten haben sich erneuert und der parteiische Klassen-, Stände- und Personenegoismus ist wieder in den Vordergrund getreten. Die Nation ist in gegnerische Stände- und Klassenlager geteilt, in denen jedwede Energie zugrunde geht. Ein Teil des Volkes hat vergessen, daß die Nationalität, die durch ein gemeinsames Geschlecht, gemeinsame Sprache, gemeinsame Bildung, gemeinsame Geschichte gegeben ist, sich durch keine andere Idee vollkommen erheben läßt. Dem Volke wurde der schwankende Begriff von Humanismus und Altruismus empfohlen, wobei man nicht berücksichtigte, daß

ein solcher Humanismus unsere Abwehrenergie schwächt und den antihumanen Angriffen unserer nationalen Gegner dienlich ist. So geschah es, daß die unitärerischen Bestrebungen der Feinde schließlich die Wurzel unserer nationalen Freiheit zu unterwählen begannen. Selbst die slavischen Brudervölker wurden gegen uns aufgebracht. So darf es nicht weitergehen. — Es ist Zeit, daß wir die Gleichgültigkeit und Unachtsamkeit gegenüber den höchsten Angelegenheiten der Nation abwerfen, es ist Zeit, daß die Tschechen sich vereinigen in tatkräftiger Liebe zur Nation, in eifriger und ausdauernder Arbeit für die Entfaltung ihres Lebens, damit unsere Republik ein starker Nationalstaat werde und in ihrem ganzen Umfange eine sichere Heimat unseres Volkes als des in diesem Staate souveränen Volkes bilde. Deshalb entsteht allein die nationale Bewegung. Wer säumt, hilft den Feinden. Fest und entschlossen sind unsere Reichen. Aus dem Ideal, dem wir uns weihen, wird hoffentlich ein tatkräftiges Bewußtsein der Solidarität und der edlen Brüderlichkeit werden, das auch zur Hebung unserer sozialen Ordnung auf dem einzig richtigen Grunde, der bürgerlichen Pechidenheit und Disziplin, führen wird. Nur auf diese Weise glauben wir, daß unser nationaler Staat allen Feinden zum Trotz, sich festigen wird.“ Unterzeichnet haben den Aufruf u. a. Redakteur und Abg. Suder, der Beamte des Handelsministeriums Wenzel Choc, der Fleischhauer und Selcher Jacoslav Dorak, der Direktor der öffentlichen und Universitätsbibliothek Jaromir Borecky, Ministerialrat Dr. Lubos Jerabek, Stadtphysikus Dr. Ladislav Prochazka, Bildhauer Franta Uprka und Universitätsprofessor Doktor Ernst Benig.

**Zur Krise in der tschechoslowakisch-nationalsozialistischen Partei.** Wie die tschechischen Blätter berichten, fand Donnerstag abends eine Plenarversammlung der Vertrauensmänner der tschechoslowakisch-nationalsozialistischen Partei statt, in der einstimmig eine Resolution zur Annahme gelangte, in welcher der Parteivorstand volles Vertrauen ausgesprochen wird, und die Vorgangsweise der vier oppositionellen Abgeordneten als „niedrig und unehrenhaft“ bezeichnet wird. Einen anderen Standpunkt nimmt der Parteivorsitz der tschechoslowakisch-nationalsozialistischen Partei in Oesterreich ein. In der von diesem angenommenen Entscheidung wird zunächst der Bedauern darüber ausgesprochen, daß der Brager Abgeordnete einfluß der Partei gesperrt wurde. Der Vorgang der oppositionellen Abgeordneten war fehlerhaft. Es wird jedoch an die Organe der Partei in der Tschechoslowakei appelliert, den Ausschluß zu widerrufen und auf jeden Fall die Einheit der Partei zu halten.

**Wiedereintritt der deutschen Sozialdemokraten in die Bezirksverwaltungscommission Dux.** Wie erinnerlich, sind vor einigen Wochen die Vertreter unserer Partei in der Bezirksverwaltungscommission in Dux durch einen Beschluß der Bezirksorganisation abberufen worden. Laut Erlaß der politischen Behörde vom 13. März wird nun die Vertretung unserer Partei von zwei auf fünf Mitglieder und zwei Ersatzmänner erhöht. Die Bezirksvertretung der Partei hat in einer Sitzung am Donnerstag den 15. März beschlossen, den Erlaß der politischen Behörde zur Kenntnis zu nehmen und die ernannten Vertreter der Partei zu beauftragen, die ihnen übertragenen Mandate anzunehmen und in die Verwaltungskommission einzutreten. Dadurch, daß den berechtigten Wünschen unserer Organisation Rechnung getragen wurde, ist die Arbeitsfähigkeit der Bezirksverwaltungscommissionen wieder hergestellt.

**Deutschbürgerliche Verwaltungsausschüsse.** Aus Leitenerich wird uns geschrieben: Als nach dem Umsturz die Gemeindevahlen stattfanden, waren die Bürgerlichen den Wählern hoch und teuer, daß nur sie geeignet seien, die Geschicke der Gemeinde so weise zu lenken, daß Ordnung im Gemeindegeldhaushalte herrsche, die Schulden abgebaut werden usw. Aufgrund ihrer Versprechungen

## Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Freitag Beginn des Gesamtkreises aller Bergarbeiter der Republik, falls der Ostrauer Streik bis Mittwoch nicht beigelegt wird.

Prag, 17. März. (Eigenbericht.) Heute um einhalb 11 Uhr begann im Volkshaus die Reichskonferenz der Bergarbeiter an welcher vom Zwaj 36, von der Union der Bergarbeiter 21 und vom Sdruzeni 13, zusammen 70 Delegierte teilnahmen. Den Vorsitz führten die Obmänner der Verbände Prozkil, Jarolim und Pizarovick. An die Referate, welche die Abgeordneten Prozkil und Pohl erstatteten, schloß sich eine rege und sachliche Debatte. Die Beratungen gipfelten in folgenden Beschlüssen:

1. Die Reichskonferenz billigt das Vorgehen der koalitierten Bergarbeiterverbände und der Vertreter der Ostrauer Bergarbeiter bei den anläßlich der Vertragskündigung durch die Ostrauer Unternehmer stattgefundenen Verhandlungen und befähigt die Beschlüsse der Ostrauer Betriebsrätekonferenz vom 11. März 1923. Die Reichskonferenz stellt neuerlich fest, daß der Streik von den Ostrauer Bergarbeitern mutwillig provoziert wurde in einer Zeit, wo die Bergarbeiter zur Sanierung die größten Opfer gebracht haben.
2. Die Reichskonferenz ist nicht in der Lage, den Bergarbeitern irgendeines Revieres und daher auch den Ostrauer Bergarbeitern die Verfassung von wöchentlich zwei Ueberstunden, wenn auch vorläufig gegen Ueberstundenbezahlung, anzuempfehlen, nachdem viele Tausende Bergarbeiter noch arbeitslos sind und die Forderung der Ostrauer Unternehmer nach Verfassung von zwei Ueberstunden an Samstagtagen gegen Bezahlung nur in der klaren Absicht erfolgt, die bisherige 46-Stunden-Woche in eine 48stündige wöchentliche Arbeitszeit umzuwandeln. Die Unternehmerbegündung, daß die Verfassung dieser Ueberstunden infolge der besseren wirtschaftlichen Situation notwendig sei, muß die Reichskonferenz als Ausrede und Vorwand bezeichnen.
3. Die Reichskonferenz ermächtigt die koalitierten Bergarbeiterverbände als Gesamtvertretung der

Bergarbeiter der tschechoslowakischen Republik, mit dem Verbands der Bergbauarbeiter als Vertreter aller Bergbauarbeiter der Republik über die Aenderung der sechsständigen Samstagsschicht auf der Grundlage der Maximalarbeitszeit von wöchentlich 46 Stunden in Unterhandlungen zu treten.

4. Die Reichskonferenz weist die Angriffe der Unternehmer auf die Lebenshaltung der Bergarbeiter durch Herabsetzung der Löhne mit Rücksicht auf die ungemein verschlechterte Lebenshaltung der Bergarbeiter gegen das Vorgehen mit aller Entschiedenheit zurück, und empfiehlt den einzelnen Revieren, in keinem vertragslosen Zustand zu arbeiten.
  5. Aus allen diesen Gründen erkennt die Reichskonferenz den am 12. März 1923 begonnenen Revierstreik der Ostrauer Bergarbeiter als notwendigen und gerechten Abwehrstreik an, sie befähigt auf neue die Beschlüsse der Reichskonferenz vom 12. Oktober 1922, demzufolge alle Reviere bei einem berechtigten Kampfe eines Revieres zur Solidarität verpflichtet sind, ermächtigt und beauftragt die koalitierten Bergarbeiterverbände den Gesamtkreis aller Bergarbeiter der Republik zu proklamieren, falls der Ostrauer Streik nicht gemäß den vorstehenden und den auf der Bergarbeiter-Reichskonferenz vom 12. Oktober 1922 beschlossenen Grundfäden bis Mittwoch, den 21. März 1923, beendet werden kann.
- Zur Durchführung der Beschlüsse der Reichskonferenz beauftragte die Reichskonferenz alle Reviere, für Donnerstag den 22. März 1923 Konferenzen der Betriebsobmänner einzuberufen.
- Für den Fall, daß der Streik in Ostrau bis zu dieser Zeit nicht beigelegt wäre, wovon die koalitierten Bergarbeiterverbände die Reviere verständigen werden, wird für Freitag den 23. März 1923 der Beginn des Gesamtkreises proklamiert.
- Im Falle des Gesamtkreises gelten für alle Reviere die Streikvorschriften vom Feber 1922.

## Was wird aus Berlin?

Von Felix Zöfflinger (Berlin).

Vor einigen Tagen führte ich eine befreundete Amerikanerin, die vor dem Kriege lange in Berlin gelebt hatte, durch die Straßen, Warenhäuser, Theater, Vorstädte, Villenkolonien, Ziehlungslande, Großbetriebe, Ainos und Wohlfahrtsvereine Berlins. Wir sahen die Stadt bei der Arbeit und beim Genuß, wir sahen Bauten und Pausen, wir sahen Zeugenschaften früherer Ruhms und Symptome eines Verfalls, der uns Herz greift. Und als wir dann die Gassen der Vergangenheit mit denen der Gegenwart verglichen, da legten wir uns ernsthaft die Frage vor, was aus Berlin werden soll.

Ist diese Frage so ungerührt? Kann eine Stadt von vier Millionen verfallen, gänzlich aufhören?  
In der Weltgeschichte ist nichts unmöglich. Die blühendsten Länder Afriens sind heute Wüsten. Wo Weltstädte des Altertums und Mittelalters standen, ist heute Schutt und Geröll. Persepolis, Ninive, Samarkand sind heute kaum wiederzufinden, kaum trotz aller Berichte wiederzuerkennen.  
Daß Berlin vollständig untergehen wird, glauben wir natürlich nicht, obwohl es gewiß möglich ist. Was war Petersburg einst, was ist es heute? Was ist von Weltstädten wie Kiev, wie Odessa, übriggeblieben? Solange Deutschland noch am Abgrund des Bürgerkriegs dahinfährt, solange die Gefahr besteht, daß jede vernünftige

Regelung der deutsch-französischen Gegensätze einen deutschnationalen Puff, einen bayerischen Abfall auslöst, droht das definitive Ende Deutschlands als Nationalstaat. Dann würde natürlich Berlin zusammenschrumpfen; seine Rolle als Verwaltungszentrum und als Handelsstadt wäre ausgespielt und der Verfall würde ebenso schnell, wenn nicht schneller kommen als jener Wiens.  
Aber so weit wollen wir gar nicht gehen. Schon die jetzigen Zustände haben Berlin zu einer Stadt gemacht, die mit dem früheren Berlin nur noch die Umrisse gemein hat. Der Geist, der Inhalt der Stadt ist anders geworden. So erfüllt sich wohl das Wort eines ihrer Historiker, daß Berlin verurteilt sei, stets zu werden ohne zu sein. Berlin wird nichts Konstantes hinüberreichen, Berlin wird sich täglich verändern und von niemandem erkannt werden, der es einige Jahre nicht gesehen hat.  
Kennzeichnend für das Berlin der Vorkriegszeit war seine Ordnung, seine sprichwörtliche Reinheit, sein Komfort, das disziplinierte Aussehen und Leben der Stadt.  
Heute ist Berlin etwas Reapolitanisches. Kaum eine Querstraße der großen Verkehrsader ohne Handel auf Wagen, Stühlen und von Hand zu Hand mit Waren, die man früher nie wo anders als in Laden bekam. Da werden Schuhe, Sosensträger, Bücher, Obst, Winter- und Sommerstoffe, Posten gebrauchter aber guter Hauswäsche, seidene Kravatten, Bronzen, Trödel jeder Art, gehandelt. Nicht ohne Mistrauen vergleicht man die billigen Stoffpreise mit denen der Geschäfte. Von den ungehörigen Einbrüchen, die jeden Tag passieren, und von denen kaum ein Bruchteil aufgefällt wird, müssen große Mengen

auf diese Weise in den Handel fließen. Eine Zeitlang erhielt man in der Weinmeisterstraße einfach alles: Kostbare Seidendomaste, Tischdecken, Kissen, komplette silberne Bestecke mit Monogramm. Wer sollte die Herkunft prüfen? Wird doch vom verarmten Mittelstand, vom Adel, vom Handel, der Geld braucht, viel unter der Hand zu Spottpreisen abgestoßen. Die Nazis der Polizei, die ganze Straßen absperre und alles kurzer Hand verhaftet, hat diesen Schiebermarkt aufgehoben. Mit welchem Effekt? Statt auf einem Schiebermarkt wird jetzt auf zehn verschiedenen gehandelt. Die Furcht, verdächtige Ware zu kaufen, ist geringer, als die Freude sie zu bekommen. Die Geschäfte dieses Handels blühen, für viele die einzige Gelegenheit, zu einem billigen Paar Schuhe, zu einem Kleiderstoff, zu Semd und Hofe zu kommen.  
Die Straße erheitert auch sonst mit drastischen Bildern den Zustand und Verfall der Wirtschaft. Der Dollarsturz hat nur wenige Lebensmittel im Preise gedrückt. Die Erhöhungen auf den Dollarstand, der noch immer ganz gewaltig den Dezember überragt, kommen erst jetzt nach. Die Steigerungen für Miete, Gas, elektrisches Licht, Kohle, Straßenbahn, fallen in die von der Regierung aus politischen Gründen erzwungene Markhauffe hinein. Die Konsumtionskraft nimmt daher rapid ab. Die Geschäfte gehen elend. Zu ungepöhlischer Zeit veranlassen die Waren- und Großhandelshäuser Reihe Wochen das sind Wochen, in denen Bekleidung billiger abgegeben wird. Die Konsumenten haben aber kein Zutrauen mehr. Reihe Wochen — das heißt wohl, statt hundert Prozent ist alles nur um dreißig Prozent teurer! Man kauft nicht. Die großen Plakate an den Schaufenstern bleiben un-

beachtet. Selbst das Interat einer Firma, daß bei jedem Einkauf ab 10.000 Mark (das ist nicht 1!) die Niederstammung der Straßenbahnkarten erfolgt, löst nur wenige.  
Die Straßenbahn entwickelt sich überhaupt zur größten Skandalität, nicht nur Berlins, sondern fast aller deutschen Städte. In Breslau und Stuttgart ist die Lage genau so verwickelt, wie in Berlin. Breslau hat statt eines zum Leben unentbehrlichen Gewinnes, ein Defizit von 163 Millionen. Berlin ist in schnellsten Abwänden von einem Straßenbahnpreis von 70 Mark zu einem Preis von 250 und 350 Mark gekommen. Dabei hat es noch immer ein tägliches Millionendefizit, die Einnahmen decken zur Not die Löhne, die Betriebsmittel sind verbraucht, die Linien, die nicht für das Stadtleben unentbehrlich sind, werden nach und nach aufgelassen, die Fahrzeit wird eingeschränkt, man will abends womöglich schon um neun Uhr schlafen und bald wird die Einschränkung so groß sein, daß das vollständige Aufhören der Straßenbahn nicht zu merken sein wird. Unmöglich? Nun, vom Friedensverstehe zum jetzigen war der Weg weiter als vom gegenwärtigen Verstehe zum Verkehrsstillstand. Das ist ja gerade das Traurige, daß sich der Zustand Berlins nicht von einem Tag zum andern verändert hat, sondern allmählich so wurde, ohne daß uns das Abgleiten ganz zum Bewußtsein kam.  
Die Elektrischen hörten zuerst auf, Ziehlungsgebiete zu berühren oder zu erschließen. Wozu auch? Gebaut wird nicht mehr. Die Bautätigkeit an sich hat natürlich nicht ganz aufgehört, wenn sie auch nur ein Zehntel der Friedensstätigkeit erreicht. Aber was wird gebaut?  
In der Stadt täuschen zunächst mächtige



gelang es ihnen auch, die Mehrheit zu ergattern und sie fingen nun an, ihre Kunst zu beweisen. Die Schulden wurden auf einer Seite abgebaut, auf der anderen, aber sofort immer doppelt aufgebaut, sodass sie heute viel größer sind. Wahrscheinlich aus Angst vor den Gemeindevätern, bei denen sie ja doch ihre so herrliche Verwaltungskunst verantworten sollen, haben die Bürgerlichen jetzt aus unbeteiligten Einwohnern eine sogenannte Ersparungskommission, bestehend aus zehn Personen, gewählt. Von unserer Partei wurden die Genossen Slavitschka und Buresch in die Ersparungskommission berufen, die sich am 15. März konstituierte. Dort gab Genosse Buresch für die deutschen Sozialdemokraten eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt: Die deutschen Sozialdemokraten sind der Meinung, daß die städtische Ersparungskommission nichts Neueswertiges hervorbringen wird und ihre Existenz daher überflüssig ist. Sie ist aber auch schon deshalb überflüssig, weil es ja einen Stadtrat, eine Gemeindevertretung und einen Finanzausschuß gibt, sodass diese drei maßgebenden Körperschaften, in denen die bürgerlichen Parteien die Mehrheit haben, vollkommen ausreichen, um Ordnung in die Gemeindefinanzen zu bringen, wenn dies nur die bürgerliche Mehrheit in diesen Körperschaften tun wollte. Die bürgerliche Mehrheit ist jedoch nicht gewillt, die Bestehenden zur Mehrleistung für die Gemeinde heranzuziehen und deshalb ist auch die eingesetzte Ersparungskommission, die mit ihren Vorschlägen ja wieder nur an dieselbe bürgerliche Mehrheit angeht, nutzlos. Die bürgerliche Gemeindevorstellung hat anscheinend diese Ersparungskommission deshalb ins Leben gerufen, um sich von der Verantwortung für die micklige finanzielle Lage zu drücken. Die deutschen Sozialdemokraten lehnen daher jede Verantwortung ab, bleiben aber in der Ersparungskommission, um darüber wachen zu können, daß keinerlei Ersparungsmaßnahmen auf Kosten der Arbeiter und Angestellten durchgeführt werden.

**Vorzeltige Veröffentlichung von Interpellationen über Zeitungskonfiskationen.** In einer amtlichen Zuschrift werden die Redaktionen der Zeitungen darauf aufmerksam gemacht, daß die Immunität der Interpellationen erst dadurch eintritt, daß die Interpellation in der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses oder des Senates angezeigt und gedruckt veröffentlicht wurde. Die vorzeitige Veröffentlichung von Interpellationen, die konfiskierte Texte enthalten, könnte nach § 24 des Preßgesetzes eine neue Beschlagnahme, beziehungsweise eine Strafverfolgung zur Folge haben. Diese lebenswichtige Rechtsbeschränkung, die wir gar nicht nötig hatten, soll „Missverständnissen“ und „überflüssigen Benachteiligungen“ vorbeugen. Man soll uns doch lieber vor den überflüssigen Konfiskationen überhaupt bewahren, deren Haltlosigkeit doch so oft schon durch eben diese Interpellationen nachgewiesen wurde.

**Ein Antrag auf Zeichnungspflicht in der Presse.** Der tschechische Agrarier Horáček hat im Senat einen Initiativantrag eingebracht, nach dem in der Tagespresse der Grundbesitz der Nichtanwesenden eingeführt werden soll. Bei der Neuregelung des Preßgesetzes soll dieser Grundbesitz in dem Sinne Geltung erlangen, daß alle Artikel in periodischen Druckchriften mit der Unterschrift des Autors versehen sein sollen. Ueberschreitungen oder Umgehungen dieser zu erlassenden Vorschrift sollen bestraft werden.

**Sireisgefahr der englischen Bauarbeiter.** London, 16. März. (Fsch. B. A.) Bei der Abstimmung der Arbeiter des Baugewerbes über die Vorschläge der Arbeitgeber in der Frage einer Lohnverminderung hat sich eine Mehrheit von 20 Prozent für den Streik ausgesprochen. Infolgedessen droht ein Ausstand von einer Million Arbeiter am 1. April, doch wird noch verhandelt.

Baugerüste den Schein einer lebendigen Tätigkeit vor. Prüft man sie, dann findet man nur Aufstöße. Auf die alten Bank-, Zeitungs-, Handels-, Kinopaläste wird ein vier-, fünf-, sechses, siebenes Stockwerk aufgesetzt. Das kostet Millionen, Milliarden, — aber man hat sie. Groß ist ferner die Bautätigkeit draußen im Westen, an der Heerstraße. Aber wer baut? Die Kriegs-, Friedens-, Reparations-, Valuta- und Börsengewinner. Villa an Villa reiht sich auf. Bauen ist heute das teuerste. Einen finanziellen Plan gibt es überhaupt nicht. Hat man mit zehn Millionen vor einem halben Jahr gerechnet, so kostet jetzt der Bau vierzig Millionen. Aber man hält durch.

Die Kultur dieser Neubauten ist zum allergrößten Teil jämmerlich. Es gibt auch schöne, einfache Villen. Das meiste ist schlummer kitsch. Da baut sich ein Kriegsgewinnler an Karolingerplatz ein Villenpalais mit 50 (fünzig) überlebensgroßen Figuren. Ob das die Familie darstellen soll? In der Nähe vom Bahnhof Heerstraße baut sich ein Milliardär ein Schloss, das von einem geradezu psychologischen Programm zeugt. Heute, wo die Einrichtung einer Mansarde zum Wohnen zehn Millionen kostet, leistet sich dieser Barbar die Anlage unterirdischer Säle, von denen man noch nicht weiß, ob sie einmal ein Schwimmbassin oder eine Reitbahn unter Tage sein werden. Die Villa hat außerdem sinnlose und rasend kostspielige Säulengänge, Kirchendecken usw. Man weiß nicht, ob die künstlerische oder die moralische Unkultur eines solchen Bauprogramms widerwärtiger ist.

Drei große gemeinnützige Bauprojekte sind trotz der Ungunst der Zeiten fertig geworden. Der erste Bau, der dem Verkehr über-

# Eine rein sozialistische Regierung in Sachsen.

## Einigung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Dresden, 17. März. (Eigenbericht.) Die seit sieben Wochen währende Regierungskrise nähert sich ihrem Ende. Lange schien es, als würde das letzte sächsische Kabinett von einer Koalitionsregierung der Sozialdemokraten und der Kommunisten abgelöst werden. Die Delegiertenwahlen zum letzten sozialdemokratischen Parteitag haben indes eine starke Mehrheit für ein Zusammengehen der Kommunisten mit den Sozialdemokraten ergeben, wozu noch kam, daß die kommunistische Arbeiterschaft ihre Parteileitung drängte, daß sie die Regierungsbildung der Sozialdemokraten unterstütze. Der sozialdemokratische Parteitag hat sich nun dafür entschieden, neuerdings Verhandlungen mit den Kommunisten anzubahnen und setzte zu diesem Zwecke einen siebengliedrigen Ausschuss ein, der mit den Kommunisten zu verhandeln hätte. Die Verhandlungen haben zu einem positiven Ergebnis geführt. Die Unterhändler der beiden Parteien einigten sich auf Richtlinien, die für die künftige Regierungspolitik bestimmend sein sollen. Sie sehen vor allem vor einem Amnestierlass, Straffreiheit für Rot- und Abtreibungsdelikte, weiters Begründungen für politische Delikte, zur energischen Bekämpfung des Wuchers sollen Preisprüfungsstellen und Kontrollausschüsse eingesetzt werden, deren Mitglieder von den Betriebsausschüssen und in gewerkschaftlichen Ver-

sammlungen zu wählen sind. Auf Anzeig dieser Preisprüfungsstellen und Kontrollausschüsse haben die Behörden einzuschreiten, die Wuchergesetze müssen mit solchen Juristen besetzt werden, die die Gewähr bieten, daß die Strafverfahren rasch und energisch durchgeführt werden. Ferner wird die Schaffung von Arbeiterkammern gefordert, in deren Aufgabenkreis die Beratung und Begleitung von Gesetzentwürfen und Initiativanträgen in den sächsischen Landtag fällt. Zur Abwehr des Faschismus werden die Sozialdemokraten und die Kommunisten solidarische Abwehrorganisationen bilden, die bei Demonstrationen in Tätigkeit zu treten haben, und zu deren Aufgabe der Schutz des Eigentums der Parteien und der Arbeiterorganisationen zu zählen hat. Schließlich soll der Landtag eine Gesetzesvorlage eingebracht werden, die Maßnahmen zur Abwehr des Faschismus vorsieht.

Diese Richtlinien werden den beiden Landesparteivorständen, ferner den Fraktionen und den erweiterten Parteikonferenzen vorgelegt werden. In diesen Konferenzen wird die künftige rein sozialistische Regierung gebildet werden. Die kommunistische Partei selbst wird im Kabinett vertreten bleiben. Sie würde sich jedoch verpflichten, eine rein sozialistische Regierung zu unterstützen. Der sächsische Landtag tritt Mittwoch zu einer Sitzung zusammen, in der die Wahl des Ministerrats vorgenommen werden wird.

# Passive Resistenz der Postler in Oesterreich.

## Beginn morgen früh.

Wien, 17. März. (Eigenbericht.) Montag um sechs Uhr früh beginnt in ganz Oesterreich die passive Resistenz der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten. Bei dieser Aktion gehen alle Angestellten ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit gemeinsam vor. Das gemeinsame Aktionskomitee gibt einen Aufruf heraus, worin es erklärt, daß den Angestellten von der Regierung der Kampf aufgegeben wurde. Die Organisationen waren von allem Anfang an bereit, mit der Regierung zu verhandeln und es wurde auch namentlich bei der Post der Ausbau im Einvernehmen mit der Regierung durchgeführt. Die Regierung hat aber bei der Frage der Jahrbegünstigung die einschneidende Reform der vollständigen Abschaffung der Regiekarten durch Diktat gelöst. Der Kampf geht also vor allem um das Mitbestimmungsrecht der Personalvertretungen. Das Vorgehen der Regierung ist

auch deshalb ganz unrechtmäßig, weil die Regierung durch die Dienstvorschriften verpflichtet war, die Anträge, die auf eine Reform der Regiekarten hinzielten, dem politischen Ausschuss der Personalvertretungen vorzulegen und Verhandlungen darüber anzubahnen. Das hat die Regierung aber vertweigert und einfach verfügt, daß die Regiekarten für diese Angestellten abgeschafft werden. Die Organisationen haben bis zum letzten Augenblick versucht, die Regierung von der Ungeheuerlichkeit ihrer Handlungsweise zu überzeugen, die Regierung war aber zu Verhandlungen nicht bereit. Infolgedessen wurde von den Organisationen verfügt, daß von Montag sechs Uhr früh das vorchriftsmäßige Arbeiten der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten in ganz Oesterreich beginnt. In einzelnen Betrieben, namentlich auf der Wiener Hauptpost, wurde bereits heute abend damit begonnen.

# Vor dem Streit im Spital der Bundesbeamten.

Wien, 17. März. (Eigenbericht.) Heute haben im Ministerium für soziale Verwaltung neuerlich Verhandlungen wegen des Konfliktes im Spital der Bundesbeamten stattgefunden. Es handelt sich dabei darum, daß die Verwaltung dieses Spitals das weltliche Personal entlassen und dafür Nonnen anstellen hat. Die Verhandlungen sind heute ergebnislos verlaufen, sodass aller Wahrscheinlichkeit nach Montag die Vertrauensmänner den Streit beschließen werden.

# Die Wiener Hafentruergradaubrüder.

Deutschnationale Studenten blockieren die Hochschule für Welthandel. Wien, 17. März. Für heute Vormittag war mit Bewilligung des Rektors der Hochschule für Welthandel eine Versammlung der jüdischen Hörer einberufen worden. Die deutschnationale Studentenschaft verlangte Einlaß in die Versammlung für

ihre zwei Vertrauensmänner. Als ihnen dies verweigert wurde, kam es zwischen den deutschnationalen und jüdischen Studenten zu einer Schlägerei. Da die deutschnationalen Studenten in der Minderheit waren, verständigten sie telefonisch die übrigen Hochschulen und bekamen bald Hilfe. Die deutschnationalen Studenten blockierten hierauf die Hochschule für Welthandel und drohten die aus der Versammlung kommenden jüdischen Hörer zu verprügeln. Nachdem die Blockade fast zwei Stunden gedauert hat, entschlossen sich die deutschnationalen Studenten auf Intervention des Rektors, die aus der Versammlung kommenden Hörer ruhig abziehen zu lassen. Sie stellten aber die Bedingung, daß das Rektorat jene Studenten, die den antisemitischen Studenten blutige Prügel gegeben, in Disziplinarmessung gezogen werden und daß eine Durchsuchung der jüdischen Studenten nach Waffen vorgenommen werde. Beide Forderungen wurden bewilligt. Es sollen auch bei einzelnen jüdischen Studenten Waffen gefunden worden sein.

geben wurde, ist der neue Bahnhof Friedrichstraße, der nun zur Hälfte betriebsfähig ist. Zehn Jahre wurde hier gearbeitet. Viele Pläne, der größte Teil der Ausstattung aus früheren Zeiten, mußte aufgegeben werden. Aber das Werk ist als reinlicher Rüstschleifbau ganz statlich. Fertig wurde die Hauptstrecke der Nord-Süd-Untergrundbahn, die jetzt den Zettliner Bahnhof (wichtig für alle Ostseefahrer) dem Schnellverkehr erschlossen hat. Durch zwei Kanäle, unter dem Flußboden durch, durch schlammigen Boden, in dem der Tunnel hängt, ohne festen Boden zu haben, wurde die Bahn geführt. Nun fährt sie, Tausenden heute schon unentbehrlich.

Nun der dritte schöne Gemeinschaftsbau ist das Säuglings- und Mütterheim in Reustolln. Reustolln ist ein reines Arbeiterquartier. Umso wichtiger war es, gerade in dieser Gegend Wöchnerinnen, kranken Säuglingen, kranken Müttern, Gelegenheit zur schnellsten Aufnahme zu geben. Das Gebäude und die Inneneinrichtung sind fertig. Leider fehlt es noch an Geld fürs Inventar, sodass vorläufig nur etwa die Hälfte der Säuglinge und Mütter, für die das Heim bestimmt ist, aufgenommen werden kann. Die Einrichtungen sind ganz vorzüglich. Das Reuecke und Modernste ist hier im Dienste der Medizin angewandt. Die Duschbänne sind ganz aus durchsichtigem Glas. Eine interessante Neuerung ist, daß alle Küchenträume im letzten Stock, unter dem Dach liegen. Das ganze Haus, ein vierstöckiges Gebäude in freier Anlage, bleibt daher stets vom Speisegeruch verschont.

Rehrt man aus dem Reustollner Arbeiterquartier mittags in die Stadt zurück, dann schlagen einem sofort wieder Verspätungsbestimmungen des

Berliner Lebens entgegen. In der Leipzigerstraße vor einem Schaufenster der riesigen Warenkathedrale von A. Wertheim stehen sich soziale Postfanten, daß man auf dem Straßenbamm die drängende, lugende Masse umgehen muß. Was zieht sie so an? Eine große überschichtliche Kurstabelle, die schon gegen halb ein Uhr, vor dem Erscheinen der an Börsentagen sieberhaft gekauften „B. Z.“, die Anfangstunde der bestbelegtesten Papiere bekanntgab.

Der suchtbare Börsentanz, zum Teil um 40.000 Prozent, hat inzwischen das große Publikum von diesem Spiel um Kopf und Kragen und Millionen etwas verschreckt. Wird die Spekulation anhalten? Nur, wenn die Produktion wieder in Gang kommt, werden alle diese Verspätungsbestimmungen, die Sucht nach schneller Gewinn, aufhören. Berlin ist trotz aller Depressionen noch immer eine große, rüstige Stadt, deren Untergang uns trotz aller Symptome undenkbar erscheint. Wenn Deutschland endlich den Mut haben wird, die ganze Bitterkeit der Reparation auf sich zu nehmen und durch Not, Opfer und Tat sich seine Freiheit definitiv erkämpft, dann sind die größten Gefahren für das Land und die Hauptstadt der Reichsrepublik überwunden. Bis dahin leben wir aber nahe dem Untergang, und während viele Zehntausende die Sportblätter mit Berichten und Prognosen über das Sechstages-Abdrehen verfolgen, und Millionen als Bräunen vertrocknen, haßt sich das Schicksal unserer Tage zusammen, um sich entweder als Blüt zu entladen, der vernichtet, oder als erlösendes Gewitter niederzugehen. Hinter dessen Ausgange sich bereits ein Regenbogen des Friedens und der Völkerveröhnung vorbereitet.

# Heilig ist das Eigentum.

## Habsburgs Raubzug nach der Schlacht am Weißen Berge.

Zu den verlogenen Schlagworten, mit denen die Reaktion die indifferenten Massen gegen Eingriffe in die Rechte und das Eigentum der ehemals herrschenden Klassen aufzureizen versucht, gehört das von der Heiligkeit des Eigentums. Weiß doch jeder, der nur ein wenig die Geschichte kennt, daß der Feudalismus ebensowenig wie der Kapitalismus der Ehrfurcht vor dem Eigentum seine Entstehung verdankt, sondern vielmehr der brutalsten Mißachtung des Eigentums der anderen. „Gegen“ der Bauern und offener Straßenraub sind die Quellen des adeligen Eigentums, Betrug und Diebstahl, die die „ursprüngliche Akkumulation“ begleiten, stehen an der Wiege des modernen Kapitalismus. Nirgends aber ist die Verurteilung der alten Mächte auf die Heiligkeit des Eigentums so heuchlerisch wie gerade in den Reichsfürstentümern des alten Habsburgerreiches, wo die mächtigste Klasse des Staates, die Stütze der Monarchie, die ihr die Statthalter wie die Generäle lieferte, wo der „historische“ böhmische Adel seinen Ursprung aus der Konfiskation der Güter der in der Schlacht am Weißen Berge bestiegten böhmischen Adligen herleitete. Fürwahr, eine Heiligkeit des Eigentums, die erst aus der Mißachtung der Heiligkeit des anderen Eigentums entstanden ist.

Immerhin war die herrschende Meinung bisher die, daß die Ausrottung und Vererbung des alten böhmischen Adels im Wege Rechtens vor sich gegangen wäre. Nun führt Professor J. V. Braschel in einem Artikel über die Frage der Revidierung der Konfiskationen nach der Schlacht am Weißen Berge in der Prager Revue „Parlament“ den Nachweis, daß das nicht der Fall war.

Nach dem böhmischen Recht entschied über Vergehen „gegen König und Land“ das Landesgericht unter persönlichem Vorsitz des Königs oder seines besonders für diesen Fall bestimmten Vertreters. Wurde der Angeklagte schuldig erkannt, so fiel das Gericht das Urteil, das auf Verlust von Ehre, Leben und Gut lautete. Aber der Verlust des Gutes war beschränkt durch den Grundsatz, daß derjenige, der mit seinem Bruder zur ungeteilten Hand besch, dazu nicht verurteilt werden konnte. Eine Fülle von Kabinettsjustiz am Ende des sechzehnten Jahrhunderts veranlaßten die evangelischen Stände, eine Gelegenheit zu suchen, um den Verlust der Güter bei Vergehen gegen König und Land überhaupt zu beseitigen. Diese Gelegenheit fand sich schon 1608, als Kaiser Rudolf II. gegen seinen Bruder, den Erzbischof Matthias, Hilfe bei den böhmischen Ständen suchte. Am 24. Mai dieses Jahres überreichten die Stände in einer Sitzung des Landtages dem Kaiser eine Reihe von Postulaten, von denen sich zwei gegen die neue Praxis der Habsburger richteten, neben den Verrechnungen gegen König und Land auch noch die Beleidigung der Majestät zu unterscheiden, worunter jede Opposition gemeint sein konnte. Deshalb verlangte das zehnte Postulat, der Kaiser möge erklären, was darunter gemeint sei, denn die Stände wüßten außer von den durch die Landesordnung ausgemessenen Strafen nichts von einem Crimen laesae maiestatis (Verbrechen der Majestätsbeleidigung), und sie hielten, daß sie zu keiner Strafe außerhalb der Landesordnung verbunden seien. Im ersten Postulat verlangten sie, daß nur auf Verlust des Lebens und der Ehre erkannt werde, und nicht auf Verlust der Güter, sondern daß solche Güter nach der Bestimmungen des Königs Ladislaus an die nächsten Blutsverwandten fallen. Rudolf, der gegen seinen Bruder Matthias in den böhmischen Ständen die einzige Stütze hatte, bewilligte ihre Forderung und erklärte in einem Majestätsbrief feierlich, für sich und die zukünftigen böhmischen Könige aus besonderer kaiserlicher Gnade von der Strafe des Verfalls der beweglichen und unbeweglichen Güter abzusehen.

Es war also Recht zur Zeit der Schlacht am Weißen Berge, daß auf Verlust der Güter nicht erkannt werden durfte. Aber wie schon vor der Schlacht im Auftrag Ferdinands die Güter der kaiserlichen Statthalter in Böhmen militärisch besetzt wurden, so bemächtigte sich nach der Schlacht der kaiserliche Statthalter Fürst Karl von Liechtenstein ohne jedes Verfahren, ja ohne entsprechende Zustimmung des Kaisers, der Güter und Häuser der Flüchtigen und verließ oder verpfändete sie den Parteigängern des Kaisers. Eine systematische Konfiskationsaktion leitete Ferdinand Dretet vom 12. Februar 1621 ein, daß die Führer des besiegten Aufstandes zu verhaften und zur Verantwortung zu ziehen: besch. Nach dem geltenden Rechte konnte Ferdinand sie vor sein Königsgericht ziehen, aber das tat er nicht, sondern er bestimmte, daß gegen die Rebellen und ihre Personen, ihr Leben und ihre Güter ein besonders eiliges Verfahren und kurzer Prozeß eingeleitet werde. Zugleich wurde eine Exekutionskommission eingesetzt, die überall den Aufstand untersuchen und richten sollte. In diese Kommission wurden acht Landsleute und nur vier Böhmen ernannt, so daß die Zweidrittelmehrheit der Richter das Landesrecht nicht kannte und sich nur nach fremden Rechten, besonders aber nach der Willkür des Kaisers richtete, dem nach den Gütern der Gerichteten gelästete. Die vier böhmischen Richter, obwohl eingeseufzte Feinde der zu Richtenden, überreichten sofort eine „Erklärung“ gegen das Verfahren und verlangten, daß der Kaiser entweder selbst dem Gericht vortrete oder sich durch eine geeignete Person vertreten lasse. Liechtenstein riet, das Verlangen nicht zu erfüllen, aber mit Rücksicht auf den protestantischen Auf-



fürsten von Sachsen rief er, die Exekution auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verschieben.

Am 5. April 1621 wurden die aus Böhmen Geflüchteten, dreißig an der Zahl, zum Verlust der Ehre, des Lebens und der Güter verurteilt, am 26. April wurde das Urteil gegen die verstorbenen Rebellen gefällt: ihr Andenken wurde verflucht und ihre Güter beschlagnahmt. Siebenundzwanzig Führer des Aufstandes wurden zum Tode und zum Verlust ihrer Güter verurteilt, und am 28. Juni wurde öffentlich kundgemacht, daß alle diese Güter zu Händen des Kaisers beschlagnahmt werden. Am 26. Juli wurde ein Generalpardon für alle Teilnehmer am Aufstand erlassen, die ihre Schuld bekennen und ein Verzeichnis und eine Schätzung ihrer Güter vorlegen. Für diese wurde am 18. Jänner 1622 eine eigene Konfiskationskommission ernannt. Ein zweiter Generalpardon vom 3. Februar erläßt allen, die sich irgendwie am Aufstand beteiligt haben, die Strafe, ernannt aber eine Kommission unter dem Vorsitz Viechtensteins für die Konfiskation ihrer Güter.

So hatte sich Ferdinand über den Majestätsbrief Rudolfs vom Jahre 1608 hinweggesetzt. Die eingeschüchterten Protestanten wagten es natürlich nicht, vermochten es auch nicht, sich gegen diesen Bruch des Gesetzes zu wehren. Und doch fand sich ein Mann, der sich dagegen zur Wehr setzte und sich ausdrücklich auf den Majestätsbrief Rudolfs berief. Es war das allerdings eine der mächtigsten Stützen der kaiserlichen Macht, der solches wagen konnte: Albrecht von Waldstein, der uns unter dem Namen Wallenstein bekannt ist. Die Exekutionskommission hatte nämlich auch die Güter Albrecht Joses von Smirke, der im Aufstand gestorben war, für den Kaiser konfisziert. Albrecht war aber der Vormund seines schwachsinnigen Bruders Heinrich gewesen, mit dem er die Güter zu ungeteilter Hand besessen hatte. Nun trat aber Wallenstein hervor und übernahm als nächster männlicher Verwandter Heinrichs von Smirke die Vormundschaft über diesen. Der Grund hierfür lag darin, daß nach böhmischem Recht der Vormund auch der Erbe des Mündels war. Deshalb erhob Wallenstein Einspruch gegen die Konfiskation. Der Schritt rief die größte Aufregung hervor, denn es war klar, daß er präjudizierliche Bedeutung für alle weiteren Konfiskationen haben würde. Deshalb zog zunächst die Kommission die Entscheidung darüber hinaus. Inzwischen wurde Viechtenstein vom Kaiser beauftragt, mit Wallenstein über einen Ausgleich zu verhandeln. Es handelte sich Wallenstein aber nicht um die Güter, sondern nur um sein persönliches Interesse, ja es scheint, daß er von allem Anfang an ihm Einverständnis mit Viechtenstein gehandelt hat, um sich mit diesem in den Raub an dem reichen Geschlecht der Smircker zu teilen. So kam schließlich ein Vergleich zustande, wonach Wallenstein seinen Rechtsanspruch aufgab und sich bereit erklärte, in die Konfiskation der Hälfte der Güter zu willigen, wenn ihm erlaubt werde, einen Teil der anderen Hälfte, die zur geplanten Errichtung eines Majorates überflüssig sei, zu verkaufen. Im Jänner 1623 verkaufte Wallenstein bereits einige Besitzungen an — Viechtenstein. So hätten sich die beiden Ehrenmänner — Wallenstein und Viechtenstein — in den Raub geteilt. Der einzige Mann, der die Macht besessen hätte, das Recht durchzusetzen, hatte sich von Habsburg taufen lassen. Und Habsburg war nunmehr in seinem Raubzug nicht mehr behindert.

Wallenstein allerdings traf der Dank vom Hause Habsburg. Nachdem er sich noch durch die neuen Konfiskationen geschändet hatte, deren Exekution im Jahre 1622 nach der Vertreibung der Sachsen aus Böhmen ihm übertragen worden war, wurde er im Jahre 1634 in Eger ermordet. In sein Eigentum und das seiner Getreuen wurde ohne jedes Verfahren für Habsburg eingezogen. Auch dieses riesige Vermögen wurde dann zum großen Teil an eine Bande von Abenteurern verpfändet: die Ahnen des böhmischen Hochadels, der denn jahrhundertlang Oesterreichs Geschichte leitete. Wenn er sich tschechenfreundlich gebärdete und für das böhmische Staatsrecht schwärmte, so dachte er wohl nicht daran, daß dieses böhmische Staatsrecht in allererst den Rechtsgrund seiner Besitzungen überprüfen müßte, sondern, da er sich, wie die tschechische Bourgeoisie sich in seine Dienste begeben und dafür den Palatinschen Grundbesitz des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen verraten hatte, wußte er, daß es ihm auch im tschechischen Bourgeoisentum nicht ans Leben gehen werde.

Der tschechische Staat, wie ihn die Bobrowke und Martinke, wie ihn alle diese konföderativen Adeligen, die Nachkommen der Palatins Ferdinand's, herbeigewünscht hatten, ist aus dem Zusammenbruch Oesterreichs entstanden — nicht auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der tschechischen Nation, sondern auf Grund des tschechischen Imperialismus als Gewaltstaat über andere Nationen. Er hat natürlich bisher nicht den Raub, den Ferdinand nach der Schlacht am Weißen Berge begangen hat, gutgemacht, indem er die Raubbeute dieses Raubes enteignet hätte, wie ihr Ferdinand letzten Wuttes die protestantischen Ländle enteignet hat. Wohl hat man in den ersten Monaten, nach dem Umsturz, nach der Enttarnung des „historischen“ Adels gesehen, wohl gibt es auch jetzt noch einzelne Prolegomen, die sei es aus nationalen, sei es aus sozialen Gründen, die „Revindikation“ der nach der Schlacht am Weißen Berge geraubten Güter verlangen. Aber die Bourgeoisie, die diesen Staat beherrscht, kann diese „Revindikation“ nicht durchführen, denn sie muß fürchten, daß die Unterjochung der Rechtsgrundlagen des durch drei Jahrhunderte geheiligten Eigentums auch ihr weit längeres und nicht heiligeres Eigentum erschüttern könnte. G. P.

# Gegen die nationalitistische Hebe in Deutschland

## 16.000 Bergarbeiter in Oberschlesien im Ausland.

Berlin, 17. März. (Eigenbericht.) Die ober-schlesische Arbeitererschaft beginnt energisch gegen die nationalitistischen Selbstschutzbünde vorzugehen. Sie nehmen besonders gegen die Spindel und Probotatourer Stellung, die als Arbeiter auf den Schächten untergebracht sind. Gestern brach ein Konflikt aus, da mehrere Mitglieder des Arbeiterrates verhaftet worden waren. Daraufhin sind 16.000 Bergarbeiter in den Ausstand getreten.

Die „Münchener Post“ stellt fest, daß sich infolge der Enthüllungen über die Beziehungen zwischen den Nationalisten und den Franzosen ein Stimmungsumschwung bemerkbar macht, langsam beginnt man auch in Bayern nun einzusehen, daß nur eine republikanische Politik den Interessen des Reiches und des deutschen Volkes dienlich sein kann.

Durch die Ungeschicklichkeit der preussischen Polizei ist es zu einem Konflikt mit der Tschchoslowakei gekommen. Die Ausweisung von tschechischen Studenten aus Berlin rief in Prag große Erregung hervor. Nunmehr bemüht sich die Prager deutsche Gesandtschaft, die Verordnung rückgängig zu machen. Der „Vorwärts“ bemerkt dazu, daß es ein schwerer Schaden für Deutschland sei, wenn durch solche Ungeschicklichkeiten die Stimmung im Auslande gegen Deutschland beeinflusst wird.

## Berlin weiß nichts von Verhandlungen.

Englische und amerikanische Blätter melden das Gegenteil.

Berlin, 17. März. (Eigenbericht.) Nach Meldungen der Pariser Ausgabe des „New York Herald“ bestätigt sich das Gerücht, daß Verhandlungen im Ruhrgebiet im Gange sind und daß Amerika an ihnen teilzunehmen geneigt ist. Doch werde Amerika nur dann teilnehmen, wenn Frankreich es wünsche. In Berlin wird von offizieller Seite erklärt, daß nichts derartiges bekannt sei. Der „Daily Chronicle“ wiederum will aus Berlin erfahren haben, daß die Diskussion bereits im vollen Gange sei. Zwischen Paris und Berlin seien belgische, englische und französische Persönlichkeiten auf dem Wege. Ein hoher Beamter der Bank von England werde in Berlin erwartet. Auch davon ist hier nichts bekannt.

## Sabotagenote und Repressalien.

Düsseldorf, 17. März. Die hiesigen verbündeten Kreise sprechen die Überzeugung aus, daß alle Gerüchte über Vermittlungen und die Nähe von Verhandlungen unbegründet sind und daß sie hauptsächlich die Aufrechterhaltung des Widerstandes der Bevölkerung durch trügerische Hoffnungen bezwecken. Kamentlich diese Woche war an Angriffen auf Verkehrsmittel sehr reich. An sechs Orten wurden Weichen beschädigt, an sieben Stellen Dynamit unter das Geleise und in Brücken gelegt, wobei ein französischer Soldat getötet und sechs andere schwer verwundet wurden. Die Zerstörung von Telegraphen und telephonischen Verbindungen dauert seit Beginn der Okkupation an. Kleinere Schäden werden von den Franzosen selbstverständlich rasch behoben, aber es wird ungefähr ein halbes Jahr in Anspruch nehmen, bevor das unlängst bei Düsseldorf durchschnitene rheinische Kabel sowie auch eine drei Kilometer lange Leitung von 28 Drähten, die unweit Koblenz zerstört wurde, in Stand gesetzt werden. — Infolge dieser Zerstörungen leidet natürlich am meisten das Wirtschaftsleben der Bevölkerung. Die Verbündeten besitzen Mittel, um die Versorgung ihrer Truppen zu sichern, indem sie den Verkehr der Eisenbahnen in eigene Regie nahmen und 30 Postzüge täglich abfertigten. Ebenso werden sie den Telegraphen und das Telefon in eigene Regie nehmen.

Der Terror und die Sabotage ruft naturgemäß seitens der Okkupationsbehörden Gegenmaßnahmen hervor. Auf Anordnung der interalliierten Kommission werden sämtliche Sabotageakte durch Feldgerichte abgeurteilt und Anschläge auf die Eisenbahnen mit dem Tode und Beschädigungen von Drahtleitungen mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft werden. — Nach Nachrichten aus Köln wird die Zahl der beim Eisenbahnunglück in Freimersheim Getöteten auf 25 geschätzt. Die Zahl der Verletzten scheint ebenfalls groß zu sein. — Wegen Ablehnung der Besatzungsbefehle einer französischen Besatzung wurde die „Reddinghauser Zeitung“ bis auf weiteres verboten und ihr Verleger verhaftet. Die Maßnahme soll nur gegen schriftliche Verpflichtung zur kostenlosen Aufnahme sämtlicher französischer Bekanntmachungen aufgehoben werden. — In Essen wurde der von den Franzosen besetzte Teil des Reichsbahnbetriebs für deutsche Beamte wieder freigegeben. Die Truppenbewegungen an der Ostgrenze des besetzten Gebietes scheinen vorerst abgeschlossen zu sein. Der Ausnahmezustand, der immer noch über Koblenz verhängt ist, ist jetzt auf Christbreitstein ausgedehnt worden. — Wie die Blätter aus Hamm berichten, wird der Reichspräsident Ebert Sonntag vormittag dort zu einer Besprechung mit Vertretern der Behörden der politischen und wirtschaftlichen Organisationen sowie mit der Presse des besetzten Gebietes eintreffen. Auch Reichsarbeitminister Braun und Reichswirtschaftsminister Weder werden erscheinen, desgleichen der preussische Innenminister und der preussische Handelsminister. Für den Nachmittag ist eine große öffentliche Kundgebung geplant. — Das „Achtungsbild“ berichtet aus Gelsenkirchen, daß der Oberbürgermeister Zimmermann der Stadt Buer gestern aus der Haft entlassen wurde. Der kommandierende General erklärte ihm, daß die Untersuchung ergeben habe, daß die Stadt Buer und die Bevölkerung an der Ermordung der drei französischen Offiziere schuldlos sei. Die Untersuchung habe keine weiteren ergeben. Das Tat von Anschlägen der Schenckhals an Gelsenkirchen und der Gesehrochener Winterhagen, auf der Nacht erschossen worden seien.

Die interalliierte Kommission hat Ordonanzen veröffentlicht, womit im besetzten Gebiete der

Beginn der Aktion zur Durchführung von Sachreparaturen durch Beschlagnahme von Maschinen, aller übrigen Objekte und Tiere, inklusive die der deutschen Regierung gehörigen, durch Beschlagnahme des Materials, der Waren und des Eigentums aller Art, auf die Alliierten ein Recht haben, die sich jedoch nicht in ihrem Besitze befinden, gesichert wird. Die deutschen Beamten müssen dieselben binnen 14 Tagen anmelden. Jegliche Ausfuhr der genannten Gegenstände ohne Bewilligung ist verboten. Diese Maßnahme betrifft: 1) Alle Erzeugnisse, die auf Bestellung der Alliierten als Reparationen produziert wurden und der deutschen Regierung oder deutschen Staatsangehörigen gehören. 2) Erzeugnisse, welche auf Bestellung deutscher Staatsangehöriger hergestellt und für deutsche Staatsangehörige im Handelsverkehr getätigt wurden und welche entweder bereits bezahlt wurden oder eben bezahlt werden. Uebertretungen werden mit Geldstrafen von 50 Millionen Mark und mit Gefängnis von fünf Jahren bestraft. — Das Wolff-Büro erfährt von zuverlässiger Seite, daß Smetz heute abend durch einen Kopfschuß schwer verwundet worden ist. Sein Sekretär ist tot. Nach amtlichen Feststellungen hat sich der Anschlag wie folgt abgespielt: Eine bisher unbekannt Person besaß sich mit Smetz und dessen Sekretär in Smetz Büro in der Luxemburgerstraße. Hier hat der Unbekannte Smetz durch einen Revolverchuß schwer verletzt und den Sekretär getötet. Der Täter ist entflohen. Es fehlt bisher jede Spur von ihm. Smetz wurde in das Augustahospital überführt, wo er einer schweren Operation unterzogen wurde. Die Polizei hat strenge Maßnahmen zur Ergreifung des Täters getroffen.

Düsseldorf, 16. März. (Havas.) Einer von den drei Deutschen, die in das Lager von Reddinghausen einzudringen versuchten, wurde getötet. Auf der Eisenbahnbrücke südlich von Ralkum explodierte eine Bombe. Die Angreifer schossen auf die herbeieilende Wache, von der aber niemand verwundet wurde. — In Freimersheim stieß infolge eines Sabotageaktes bei der Weichenstellung ein Güterzug mit einem Militärzug zusammen. Ein Soldat wurde getötet und sechs verwundet. — Die interalliierte Kommission traf die Entscheidung, daß jene, die die Telefonverbindung sabotieren, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt werden sollen.

Berlin, 17. März. (Wolff.) Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Reddinghausen geht die Befreiung der Kohlenzeden durch die Franzosen weiter. Bei Botrop sind die Schächte Prosper 1 und 2 sowie der Schacht Lehin, die dicht am Rhein-Serne-Kanal liegen, von den Franzosen besetzt worden. — Die Belegschaft der Zeche Westerbolt hat die Koksöfen abgedampft, d. h. die Koksöfenbatterien werden nur soweit mit Koks besetzt, daß sie die nötige Wärme behalten, um nicht zusammen einzufallen. Koks wird bei diesem Verfahren nicht gewonnen.

Einer Meldung des „Vorwärts“ zufolge ist auch der letzte Redakteur der sozialistischen „Mainzer Volkszeitung“ ausgewiesen worden. Damit ist das Wort seines Beschlusses vollständig erfüllt.

Unter der Leitung eines belgischen Offiziers haben heute belgische Soldaten im Rathaus von Miedt fünf Millionen Mark, die zur Auszahlung an Arbeitslose kommen sollten, weiters bei der städtischen Sparkasse hundert Millionen Mark beschlagnahmt. — Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ sind die Rheinbäfen von Walsum und Schwelger von belgischen Truppen besetzt worden. Einige leitende Beamte wurden verhaftet. Von den Franzosen wurden die Bahnhöfe Düsseldorf-Gr-

fenberg, Düsseldorf-Bieren und Düsseldorf-Eller besetzt und die Amtsgebäude unter Verweisung der deutschen Beamten ebenfalls in Besitz genommen.

Wie an anderen Orten des besetzten Gebietes haben die Franzosen heute auch in der Stadt Crefeld versucht, Verzeichnisse aller Gewerkschaftsvertreter zu erhalten. Trotz der Androhung von Zwangsmaßnahmen haben die Gewerkschaftsführer abgelehnt.

## Wieder ein Todesopfer.

Rainz, 17. März. (Havas.) Ein bedauernd-wertiger Vorfall ereignete sich gestern morgens in der Militärlebensmittelgenossenschaft. Der Soldat Cambros, Diener eines Adjutanten, kam um Lebensmittel und spielte bei dieser Gelegenheit mit seinem Revolver, dessen Hahn er für gesichert hielt. In diesem Augenblicke fiel ein Schuß und verwundete tödlich ein junges deutsches Mädchen, die bei einem anderen französischen Adjutanten diente, und ebenfalls Waren einkaufen kam. Die Verletzte erlag der Verwundung, der Soldat ließ sich sofort verhaften.

## Die englische Regierung mahnt Deutschland, zu sondieren.

London, 16. März. (Reuter.) Da weitere Gerüchte über eine Vermittlungaktion im Umlaufe sind, wird nochmals festgestellt, daß Großbritannien an seiner Neutralitätspolitik gegenüber der Ruhrfrage festhält und die Auffassung vertritt, daß offenbar die Lösung darin bestehen würde, daß Deutschland Frankreich und Belgien sondiert.

## Beratungen der Ententezojialisten.

London, 17. März. (Havas.) Nächste Woche werden in Paris die Beratungen der sozialistischen Abgeordneten Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens über die Ruhrfrage eröffnet werden. Nach den Beratungen werden Erklärungen in das Ruhrgebiet und andere Teile Deutschlands unternommen. Die vereinigten Sozialisten in Wal-land haben beschlossene, die Einsetzung der Labour-party zu einer parlamentarischen Konferenz wegen der Reparationsfrage anzunehmen.

## Mittwoch Antwort der Allierien an die Türken.

Paris, 16. März. (Havas.) Die französische Regierung wird wahrscheinlich den englischen Vorschlag annehmen. Mittwoch in London eine englisch-französisch-italienische Konferenz zur Festsetzung der Antwort auf die türkischen Gegen-vorschläge abzuhalten. Frankreich wird durch Pom-pard und zwei Sachverständige vertreten werden.

## Zurückziehung englischer Kriegsschiffe aus den Orienthäfen.

London, 16. März. (Reuter.) Es ist beschlossen worden, die Zerstörerflotte in der Atlantischen Flotte, bestehend aus acht Schiffen, nach England zurückzurufen. Fünf Zerstörer der Flottenstation im Mittelmeer sind am 15. d. von Tschanal nach Malta abgefahren. Drei Schlachtschiffe werden morgen abgehen. Diese Schiffsbewegungen werden in dem Sinne ausgelegt, daß die Russischen im Orient günstig sind. Die türkischen Gegenanschläge sind gestern abends in London überreicht worden. Ihnen lag ein Brief Ahmet Paschas bei. Sie werden jetzt vom Foreign-office geprüft.

## Ungarin bei Demonstrationen verletzt.

Paris, 17. März. (Havas.) Wie die Blätter aus Christiania melden, kam es während der Rede Bucharins in einer Versammlung der Kommunisten in Paris zu Zusammenstößen, als Bucharin zugunsten der dritten Internationalen sprach. Bucharin wurde am Auge verletzt und mußte flüchten.

## Landarbeiterauspezzung in England.

London, 17. März. „Daily Chronicle“ zufolge begann gestern eine große Auspezzung von Landarbeitern in den östlichen Grafschaften, da in den Fragen der Arbeitszeit und der Löhne keine Einigung erzielt wurde. Es handelt sich um schätzungsweise 10.000 Arbeiter. Heute wird eine neue Zusammenkunft zwischen den Landwirten und den Arbeitern stattfinden. Wenn die Verhandlungen wiederum ergebnislos bleiben sollten, wird eine Ausdehnung der Schwierigkeiten auf Suffolk, Essex und Cambridges befürchtet.

## Besserung in Lenins Befinden.

Moskau, 17. März. Das heute nachmittags 1 Uhr ausgegebene Bulletin über Lenins Gesundheitszustand lautet: In der Sprechfähigkeit ist eine weitere Besserung zu verzeichnen. Es beginnt eine Besserung in den Bewegungen der rechten Hand. Der Allgemeinzustand ist gut. Temperatur 36,6, Puls 84.

Leipzig, 17. März. (W. ff.) Zur Behandlung Lenins begeben sich die Professoren der Leipziger Universität Geheimrat Dr. von Strümpell, Direktor der medizinischen Klinik, und Dr. Bumke, Direktor der psychiatrischen Nervenklinik auf dem schnellsten Wege nach Moskau. Die Berufung erfolgte durch einen Kurier der Sowjetregierung.

Stockholm, 17. März. (A. R.) Der berühmte schwedische Spezialist für Gehirnkrankheiten Professor S. C. Henschen wurde zu Lenin nach Moskau berufen, und zwar von Lenins Ärzten Pro-



essor Förster und Mintobski. Prof. Henschen ist

Krupp und Sowjetregierung.

Berlin, 17. März. (Wolff.) Heute wurde in der hiesigen russischen Botschaft der Vertrag

Horthy-Jünger kürmen oppositionelle Blätter.

Wien, 17. März. (Eigenbericht.) Heute nachts unternahm etwa 3000 christlich-nationale Studenten in Budapest einen Angriff auf die Druckereien zweier oppositioneller Blätter.

Bereinigung der Fascisten mit den Nationalisten.

Rom, 16. März. (Tsch. P. B.) Die Kommission für die Vereinigung der Nationalisten mit den Fascisten nahm eine Resolution an, in welcher die einmütige und begeisterte Zustimmung der Mitglieder beider Parteien für die Fusion festgesetzt wird und beschlossen wurde, daß dieses Ereignis am 20. April, dem Vorabend der Gründungsfeier Roms in ganz Italien festlich begangen werde.

Nach tschechoslowakischem Muster.

Warschau, 17. März. (Tsch. P. B.) Die gestrige Fortsetzung des Sejm wurde durch den ukrainischen radikalsten Abgeordneten Luchiwicz unangenehm unterbrochen. Er begann den Sejmarschall Kotaj gleich nach dem ersten Satz seiner Rede zu unterbrechen und rief, daß die Entscheidung der Vorkonferenz in Disziplinierung erfolgt sei, ohne daß der Wille des ukrainischen Volkes kundgegeben worden wäre.

Die amerikanische sozialistische Partei auf dem Hamburger Kongress.

Die amerikanische sozialistische Partei auf dem Hamburger Kongress. Die französische Blätter berichten, wird auf dem Hamburger sozialistischen Kongress auch die amerikanische sozialistische Partei vertreten sein.

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Bröger. (27)

Natürlich war Ernst im Grunde sehr stolz auf die Anerkennung, doch diese Freude zeigen, schien ihm unmöglich. Er sprach breit und hochtrabend von Auffassung und Anschauung, von der Idee im Kunstwerk und wie es beschaffen sein müßte, von den Dichtern, die nur lehren, weil sie nicht denken können, und von diesem, was sich in den letzten Jahren kraus und bunt zusammengeplästert hatte.

Tages-Neuigkeiten.

Der Bettler.

Ein Sonntagmittag neigt sich seinem Ende zu. Die Vorstadtstraßen liegen still. Ich schreite langsam an den Gärten hin. Da kreuzt ein Schatten meinen Weg und unverstündlich murmelt es neben mir. Ich wende mich um. Ein Bettler steht mit jögern vorgestreckter Hand neben mir.

Geben Sie mir bitte eine kleine Gabe. Tonlos kommt die Bitte zwischen den Zähnen hervor.

Unschlüssig bleibe ich stehen und blide den Bettenden in sein noch junges, aber hohlwangiges und graues Gesicht. Die Gestalt erschreckt mich. Sie erschreckt mich jetzt in dieser Stunde, an diesem Orte.

Geben Sie bitte etwas und wenn es nur wenig ist.

Erkennt kommt die Bitte. Aber nicht bittend sind die Worte gesprochen. Kurz und trocken kommen sie aus dem Munde, während die Augen stier ins Leere gehen. Und kurz, ohne inneren Beiklang fallen auch die Antworten auf meine Fragen.

Warum betteln Sie? Ich bin arbeitslos.

Bekommen Sie keine Unterstützung?

Nein. Ich komme aus dem Gefängnis. Ich war bei einem Bauern in Dienst. Der gab uns zu wenig zu essen. Da haben wir ihn ein paar Sad Weizen weggeholt. Drei Monate habe ich dafür gekriegt. 's war Mundraub.

Der Mann schweigt, gleichgültig um den Eindruck seiner Worte, die kurz und hart, wie sie gefallen, von der Stille um uns verschluckt worden sind.

Ich muß ja betteln, soll ich nicht wieder maußen.

Die letzten Worte klingen weicher und betteln um Verständnis.

Daben Sie Papier?

Ja. Während der Mann aus den Taschen seiner arg zerfallenen Jacke die schmutzigen, abgegriffenen Papiere fand, die Arbeitslosenkarte und den Entlassungsschein des Gefängnisses, blide ich unvertwandt auf die Gestalt. Leer, gleichgültig, stumpf wie die Worte, ist auch der Ausdruck des Gesichtes. Keine Linie in ihm ist weich. Kein noch so kurzer Blick aus den Augen verrät verborgnen Schmerz. Aber gerade diese Stumpfheit des Mannes ist es, die mich erschauern läßt. Schuldig oder unschuldig; die Frage schweigt vor dieser Gestalt, die hier plötzlich brutal in die frühlingsgroße Vorstadtstille geirret ist.

Und noch während ich dem Wartenden einen Geldschein reiche, ist es mir, als wachse der Bettler gewaltsam aus sich heraus, als steige er riesengroß vor mir auf und schreite schließlich als gigantischer grauer Schatten mit langsamen, lässig nachschleppenden Schritten über die im Dämmern zusammengeduckten Häuser hinweg, hinein in die Stadt Elend.

Zimmer und immer wieder sprich's aus mir heraus, während ich in Gedanken an die Begegnung meinen Weg fortsetze.

Elend. Höhnisch äfft es die sinkende Nacht zurück. Elend — Elend .....

Wie die Regierung deutsche Arztelkarte fördert. Aus Arztelkreisen wird uns geschrieben: Vom 19. bis 21. d. M. werden in Prag vier Kurse für Ärzte veranstaltet, und zwar für Gemeinde- und Distriktsärzte von der deutschen medizinischen Fakultät und dem Verein deutscher Ärzte in Prag; ein zweitägiger Kurs als Fortsetzung des im Dezember abgehaltenen Kurses anlässlich der Ver-

staatlichung der Sanitätspolizei, je ein eintägiger Kurs für die Geschlechtsfürsorge, veranstaltet von je ermäßigten, wurde die für den Kurs für Geschlechtskrankheiten in der Republik, und ein Tuberkulosekurs, veranstaltet vom deutschen Zweigverein Prag für Lungenerkrankten und ein zweieinhalbtägiger Kurs der deutschen medizinischen Fakultät für Infektionskrankheiten. Von den Subventionen, um welche bei der Regierung für die Ärzte angefragt wurde, um weniger bemittelten Ärzten die Teilnahme an den Kursen zu ermöglichen, wurde dies für den Kurs für Gemeinde- und Distriktsärzte aus unbegründeten Gründen nicht bewilligt. Die Entscheidung über die Subvention für den Kurs über Infektionskrankheiten steht noch aus, doch auch hier sind die Aussichten auf Bewilligung sehr gering. Und doch bestand großes Interesse für die Kurse in der Ärzteschaft, denn weit über 100 Teilnehmer waren gemeldet. Durch die Verweigerung der Subvention hatte eine Reihe unbemittelter Ärzte die Anmeldung zurückgezogen. Im Interesse der Humanität und der Fortbildung der Ärzte wäre die Bewilligung der verhältnismäßig geringen Dotation gewiß sehr am Platze gewesen. Nun, da die Regierung verweigert, helfen sich die Ärzte selber, so gut es eben geht: 32 Teilnehmer werden in den infolge des Beginns der Osterferien verfügbaren Studentenquartieren im Studentenheim, Krakauerstraße, untergebracht und auf Grund einer Vereinbarung mit dem benachbarten Restaurant des deutschen Handwerkervereins dortselbst verpflegt werden, da der Zeitverlust durch den Besuch der entlegenen Studentenküche sich als störend erwiesen hat.

Dast Mittelde mit den Pfaffen von Leitmeritz und Marktschein. Obwar man von den Romligern schon allzerhend gewöhnt ist, möchte man doch die Unverschämtheit nicht für möglich halten, mit der ein Dr. Bawerka im Warnsdorfer Merkmalen Blatt eine Bitte an edle Menschenherzen" fabriziert hat. "Das bischöfliche Knaben seminar in Mariaschein in großer Not". Die Stätte der Wissenschaft bringt die Existenzmittel nicht mehr auf" heißt es da eingangs und dann weiter: "Unser hochwürdigster Herr Diözesanbischof und der Alerus opfern so viel sie können". Die Arbeiter, die heute zu Tausenden arbeitslos sind und denen die wohlgenährten Pfaffen wohlweislich aus dem Wege gehen, werden schließlich diese Behauptung des Dr. Bawerka richtig einzuschätzen wissen und in ihr nur die unverkäufte Demagogie sehen, mit der auf naive Gemüter eingewirkt werden soll. Priesterkot ist Volksnot!" schreit der Bawerka. Und schließlich: "Welches Unglück wird über unsere Diözese hereinbrechen, wenn sie keine deutschen Priester haben sollte!" Ja, das Unglück wäre wirklich entsetzlich. Der Herr Bawerka möge nur hinausgehen in die Stätten der Arbeit in der Diözese Leitmeritz und er wird sehen, daß dort seine "Bitte an alle edlen Menschenherzen" eine große Wirkung — allerdings nicht die von ihm gewollte — erzielen wird: Die Arbeiter werden sich freuen über das Eingeständnis des Alerus, daß es mit dessen "Pflegestätten" und infolgedessen auch mit ihm selbst bergab geht!

Vertagung sozialistischer Interpellationen in der französischen Kammer. Aus Paris, den 17. März, wird berichtet: Die Kammer hat gestern mit 466 gegen 67 Stimmen beschlossen, die sozialistische und kommunistische Interpellation über die Zurückhaltung der Jahresklasse 1921 unter den Waffen zu vertagen.

Die tschechoslowakisch-jugoslawische Konvention in Zivil- und Strafsachen. Gestern wurde in Belgrad die Konvention, die auf Grund der in Laibach zwischen der Tschechoslowakischen Republik und dem Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen über die gegenseitige Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen geführten Verhandlungen abgeschlossen wurde, unter-

zeichnet. Dem erzielten Einvernehmen über die Durchführung zivilrechtlicher Urteile kommt eine besondere Bedeutung zu. Die Konvention wurde vom Exminister Brandjelovic und dem Gerichtspräsidenten Dobni für das Königreich S.S. und vom Sektionschef Spira im Namen der Tschechoslowakischen Republik unterzeichnet.

Einer für Viele. In der „Konsumgenossenschaft“ lesen wir folgendes Geschichtchen: „Jesus Maria!“ rief ein Prager Fleischer, als er den Kontrollor des Prager Eichamtes in seinen Laden treten sah, und kratzte klief von der Unterseite der Waage 27 Gramm Schmalz weg, die dort angelebt waren, damit er seinen Kunden „gutes“ Gewicht geben könne. Verlegen knetete er das Schmalz in seiner breiten Hand, einweilten noch ratlos, wie er sich über die Gewichtsverbesserung seiner Waage verantworten werde. Wegen Verunges angeklagt, erklärte er sich natürlich für ganz unschuldig. „Warum haben Sie denn „Jesus Maria“ gerufen, als Sie den Eichkontrollor haben?“ fragte sachlich der Vorliegende. „O, ich schreie immer „Jesus Maria“, wenn ich einen unbekannten Kunden zum erstenmal sehe“, erwiderte der Fleischer. „Und warum haben Sie die 27 Gramm Schmalz in der Hand geknetet?“ „O, bitte schön, wie Fleischhauer sind gewöhnt, immer etwas in der Hand zu kneten, entweder Fleisch oder Schmalz.“ Der Angeklagte wurde, weil er bisher unbescholten war — er ist nämlich noch sehr jung — bloß zu drei Monaten bedingt verurteilt. „Also, so fördern die Behörden die Gewerbetreibenden“ — und ich habe doch nichts anderes angepflegt, als daß ich als guter Katholik die Bitte des Heilands und der heiligen Jungfrau anrufen habe und daß ich dabei ein Stück Schmalz in der Hand hielt.“

Der Mangel an Richtern in der Tschechoslowakei. Entgegen den Behauptungen vieler Blätter, daß das Justizministerium statisch nachgewiesen habe, daß bei uns genug Richter und Anwärter vorhanden sind, ja daß sogar einige Bezirke einen Ueberschuß an Richtern aufzuweisen haben, verweisen die „Lidová Rovina“ darauf, daß diese Behauptung den Tatsachen nicht entspricht. Nur in Böhmen ist eine Vollbesetzung aller Richterstellen zu verzeichnen. In den anderen Gebieten der Republik, besonders in der Slowakei und in Karpathenland, ist ein fühlbarer Mangel an Richtern und deren Anwärtern zu verzeichnen. In diesen Gebieten fehlen 35 Prozent Richter und bis 70 Prozent Anwärter. Es müssen daher für die Ausfüllung dieser freien Stellen Richter und Anwärter aus Böhmen und Mähren nach der Slowakei und Karpathenland versetzt werden, um dort überhaupt einen aergetzten Gerichtsbetrieb aufrecht zu erhalten. In Mähren und in der Slowakei werden infolgedessen Anwärter auf Richterstellen ohnehin geübertenommen.

Zweiterlei Maß. Die Gemeinde Olmütz läßt derzeit einen neuen Plan ausarbeiten, nach dem in Zukunft in Olmütz einzig allein wird gebaut werden dürfen. Will jemand heute bereits einen Neubau auführen, so wird ihm die Baulinie vom Stadtrat vorgeschrieben. Müßt er sich nicht daran, so läßt der Stadtrat den Bau einfach einstellen. Nach diesen Methoden hat der Olmüher Stadtrat so lange gearbeitet, bis die „Moravsko-slovenská banka“ einen Neubau in einer der belebtesten Straßen von Olmütz aufzuführen begann. Die „Moravsko-slovenská banka“ kümmerte sich nicht um die Vorschriften des Stadtrates und ließ ganz ruhig weiter bauen, als ihr angeordnet wurde, daß man den Bau einstellen werde. Die Beschwerde ging zur politischen Landesverwaltung und liegt dort seither schon wochenlang. Und die Post? Die baut ruhig weiter, als ob für sie Stadtrat und städtisches Bauamt überhaupt nicht existieren würde und ihr Verwaltungsgesetz freut sich, daß er mächtiger ist als selbst die allgewaltige Gemeinderverwaltung.

Wohnungsnot und Kinderelend. Wichtige Angaben über die Wohnungsnot in Deutschland hat eine auf Anregung der Quader in Berlin-Ver-

ren Zuhörer zu finden als sich. Der Einjährige Weiß sah vieles anders. Ein lieber, für Schönes begeisterter Mensch war er dank behüteter Jugend und ruhiger Entwicklung nicht von der traffen Einseitigkeit Ernst Löhners, der in der Welt weiter nichts suchte, als das eigene Bild. Er fand bald heraus, daß Ernst mehr dachte, als gut war, überhaupt das Denken stark überhöhte und aus dieser Ueberhöhung unduldsam wurde. Dagegen suchte er auf seine Weise zu wirken. Er wies ernst Löhner an die Musik als die unmittelbarste Kunst.

Ernst war platt. Musik? Das ist doch ein ganz sinnloses Geräusch von Schafsbläsern und Hühnerhoren, Meßsingbüchlein und Holzlöchern. Er lehnte es leidenschaftlich ab, zuzuhören, daß die Musik die unmittelbar ansprechende Kunst sein soll.

Sagen Sie doch selbst: Was bleibt von einem Konzert, selbst wenn klassische Musik gespielt wird? Man duldet in allerhand unbestimmten Empfindungen, bestimt sich unjont, warum gerade jetzt die Trommel Lärm machen muß, und man sieht die komisch aufgeblasenen Barden des Klößtens in der ernsthaftesten Musik. Steden die Musiker ihre Instrumente in den Sad, dann ist alles aus und vorbei. Man hat eine Stunde wirren Lärm gemacht, hat niemandem etwas gesagt und das heißt dann eine Kunst. Ich halte nur das für Kunst, was mir einen neuen Gedanken gibt, was mir den Sinn der Welt deutlicher macht und was mich klüger gehen läßt, als ich gekommen bin. Ich finde, die Musik verschleiert geradezu den Sinn der Welt, schwächt den Willen zum Denken und ist eine Erbauung für Kinder und junge Mädchen. Wenn in der Welt mehr gedacht und weniger Trompete geblasen würde, hätten wir alle Ruhen davon.

Ob er denn ganz unmusikalisch sei, wie selbst Geige oder Klavier gespielt und dabei gar nichts empfunden habe? Ernst runzelte finster die

Bräuen. Er hörte die Musik seiner Jugend. Die grelle Stimme der Mutter, das Kreischen wind-schiefer Türen, das Rasseln von Ketten! Er konnte sich nicht erinnern, jemals von Musik ergriffen worden zu sein.

Ich bin mit Musik ausgewachsen. Dabeim hat es Musik gegeben, solange ich denken kann. Der Vater war Lehrer und hat seine Geige fast jeden Abend am Fenster gespielt. Das ist die schönste Erinnerung meiner Kindheit. Ich liebe gute Musik über alles, spiele selbst, so gut es gehen will, Klavier und kann ganz verzeihen über eine Sonate von Chopin. Ich will Ihnen nicht wehe tun, Löhner, aber ich halte einen Menschen für arm, der nichts für Musik empfinde.

Er läte ihm gar nicht weh, dürfte aber auch nicht übelnehmen, daß er in seinen Augen eben ein Mensch sei, der sich die Gedanken aus dem Kopf wubeln läßt, weil er nicht denken will, oder nicht denken kann. Es stehe für ihn fest, daß die Musik bei den Künstlern nichts zu suchen hat. Sie ist ein Gewerbe, schlau genug erfunden, die Menschen dumm zu halten. Das sehe man doch überall. In der Kirche wird musiziert, beim Militär, bei Hochzeit und Kirchweih, überall, wo gewisse Leute Vorteil davon haben, daß die Menschen in das Quiefen und Schmettern vernarrt sind, statt zu denken, wo sie sind und wozu sie da sind. Keinem Menschen falle es ein, gute Gedichte in Kirchen und Kasernen vorzutragen. Bei Gedichten läßt sich etwas denken, und denken ist unerwünscht.

Die Verbannung der Musik durch Ernst Löhner und ihre Verteidigung durch den Einjährigen Weiß geschah von beiden aus heißen Trieb zur Wahrheit. Ernst widerlegte jeden guten und begründeten Einwand durch zwei noch besser erklärte Vorwürfe und begab sich auf wunderliche Wege, seinem Mangel die Farbe eines Vorzuges anzuschminken. Im Grund war er doch nicht voll überzeugt von der Wertlosigkeit der Musik. So

manches liebe Mal war er selbst noch hartem Marsch angeleitet, wenn die Musik des Bataillons eingeleitet hatte. Daß eine Kraft von der Musik ausging, ließ sich nicht bestreiten, um so eifriger deutete Ernst deshalb die Wirkung dieser Kraft als lähmend und schwächend aus.

Lehnte Ernst nun auch die Musik selbst ab, die Gespräche über ihren Sinn und Zweck führte er lebhaft und voll Anteil. Triumph, wenn es gelang, Freund Weiß auf seine Seite zu ziehen! Wenn sich der Gedanke stärker erweisen würde als der Ton und ein neuer Gläubiger gewonnen würde für die allein seligmachende Kraft der Idee. Ernst führte die Sache mit Eifer und Nachdruck. Ichte Weiß Gründe und Pöitleraründe vor, und erschien sich sehr verdienstlich in dieser verneinenden Stellung. Nicht zur Musik allein, auch zu vielem anderen in der Welt sagte Ernst unbedingt „nein“. Er war geneigt, der Schöpfung in Pausch und Bogen weise Zweckmäßigkeit abzupprechen, und verwarf die Hefie des lieben Gottes reichlich mit roten Fehlerzeigern. Daraus entwickelten sich viele Reden und Widerreden, denn Weiß ergriff die Partei des lieben Gottes und fand die Welt wohl und weislich geordnet. Es waren da zwei wadere deutsche Schädel beisammen. Jeder suchte dem andern weiszumachen, er wisse, wer der lieb Gott ist. Der Gewinn für Ernst Löhner lag in einer neuen Richtung, die sein Bild nahm. Die letzten vier Jahre hatte er immer auf der Stelle getreten. Was er nicht betrat, war nicht in der Welt. Daß die Welt doch größer sein müsse, als sein Gehirn, daß auch unter anderem Haar gedacht unter anderem Hemd gefühlt wurde, und daß es besser war, nicht alle Türen in der Welt zu verriegeln, bedachte Ernst zuweilen.

(Fortsetzung folgt.)



so ausgeführte Gemeindeforschungs-Umfrage geliefert. Danach ergibt sich, daß nur 21 Prozent aller Kinder ein Bett für sich allein haben (im Jahre 1907 immerhin noch 33 Prozent); 71 Prozent schlafen zu zweit, 5 Prozent (im Jahre 1907 8,5 Proz.) zu dritt, 47 Prozent wohnen in Hinterhauswohnungen, 26 Prozent in Ein- und Zweizimmerwohnungen (wovon aber vielfach das eine Zimmer mit Küche abvermietet wird oder die Küche infolge Teilung der Wohnung weggefallen ist). Bei 13,7 Prozent der Kinder wohnen Familienfremde in der Wohnung, und zwar je mehr Kinder, um so mehr Fremde mußten aufgenommen werden so daß in physischen Familien die Zahl der Fremden mehr als ein Drittel der Kinderzahl betrug. Beachtet man diesen wichtigen Ausschnitt aus der allgemeinen Not und zieht die ungeheure Verteuerung und Verschlechterung der Nahrung und Kleidung in Betracht, so werden auch folgende Ziffern erklärlich: von den 485.000 Kindern Berlins sind 29.000 tuberkulös, 77.000 krank und unterernährt, 120.000 unterernährt. Die Kindersterblichkeit (zwischen 5 und 15 Jahren) hat 1914 25.780, im Jahre 1918 50.391 betragen.

**Der neue Präsident des sozialen Instituts.** Zum Präsidenten des Sozial-Instituts der Tschechoslowakischen Republik für den Zeitraum 1929 bis 1933 hat der Minister für soziale Fürsorge Sabran den ehemaligen Minister Univ.-Prof. Dr. Josef Gruber ernannt.

**Die Besuche des Pädagogischen Instituts J. A. Komenský.** In der etwa 200 pädagogische Reunen zur Disposition der Besucher auflegen, ist an allen Werktagen von 2-6 Uhr nachmittags geöffnet. Prag 3, Letenská 6, 1. Stock.

**Das Leichenbegängnis des verstorbenen Adolf Schauer** findet Dienstag nachmittags um 4 Uhr im Krematorium in Wollschau statt.

## Gerichtssaal.

### Soupal's Mischuldige.

Prag, 17. März. Die Untersuchung gegen die Mischuldigen Josef Soupal, die einige Tage nach dem Attentat in Deutsch-Brod verhaftet wurden, ist beendet und die Staatsanwaltschaft wird in den nächsten Tagen gegen sie die Anklage wegen Verbrechens nach § 212 d. St.-G. (Vorsubstanzierung zu einem Verbrechen) erheben. Die Mischuldigen Soupal, die sämtlich aus Deutsch-Brod stammen, sind: der 22-jährige Schlossergehilfe Stanislaus Kahule, der 21-jährige Maurer Josef Valoun, der 20-jährige Maschinenist Rudolf Retušil, der 20-jährige Drechler Karl Novotny, der 20-jährige Fabrikarbeiter Franz Novotny und die 20-jährige Braut Soupal's, die Beamtin Marie Fibil. Gegen Retušil ist auch die Anklage nach § 305 d. St.-G. (Billigung einer strafbaren Handlung) erhoben. Bei der Verhandlung werden die Protokolle Soupal's zur Verlesung gelangen. Die Angeklagten wußten bereits vor den Weihnachtsfeiertagen von den Vorbereitungen Soupal's und besprachen das Attentat untereinander. Soupal hat weiter seinen Mischuldigen den Revolver, mit dem er Rasin erschoss, gezeigt und sich gerühmt, daß durch diese Waffe Dr. Rasin fallen werde. Aus der Anklageschrift gegen die Mischuldigen Soupal's, die in den nächsten Tagen eingebracht wird, können heute selbstverständlich noch keine Einzelheiten gebracht werden. Gegen den Führer der Deutsch-Prager Kommunisten Eisler wird, nach unseren Informationen, eine selbständige Anklage erhoben werden. Beide Verhandlungen, sowohl die gegen Eisler als auch die gegen die Mischuldigen Soupal's, werden vor einem Strafgericht beim Prager Landesgericht durchgeführt werden. Die Verhandlung gegen die Mischuldigen Soupal's findet noch vor der Verhandlung gegen Soupal selbst statt.

### Ein gewissenloser Verleumder.

Prag, 17. März. Im April des Vorjahres wurde bei der Prager Polizeidirektion der bereits verurteilte Gustav Krivka aus Russe wegen eines Deliktes verhaftet. Bei seiner Einvernahme erklärte Krivka, daß er über die Zustände in der Prager Strafanstalt, in der er zuletzt ein Jahr gefesselt ist, Angaben machen könne. Bei einem neuen Verhöre erzählte dann Krivka, daß er mit dem Aufseher Alois Mysliveček, der die Sträflinge in der Düngereinstalt in Pantroz zu beaufsichtigen hatte, gute Beziehungen unterhalten habe und daß Mysliveček oft zu seiner (Krivka's) Geliebten Antone Vokta nach Zlitzow gegangen sei, von der er ihm Zigaretten und Nahrungsmittel brachte. Krivka entschädigte sich wieder dadurch, daß er in der Strafanstalt von einer Kartoffelfeldung vier Zäde für Mysliveček entwendete. Drei Zäde führte er Mysliveček in die Wohnung, einen Zed brachte er der Vokta. Während er nun die Kartoffeln bei der Wohnung des Mysliveček abgab, sei dieser mit zwei Sträflingen im Gasthaus „U Cibry“ gefessen und habe mit ihnen Schnaps getrunken. Krivka sei dann auch in das Gasthaus nachgegangen. Wenn Krivka dem Mysliveček Holz nach Hause fuhr, so habe ihn Mysliveček immer geföhntene Sachen, wie Schuhe und mitgegeben. Weiter habe Krivka dem Mysliveček in der Strafanstalt Hosen geschlachtet, die dann die Frau des Mysliveček abholte. Krivka's Geliebte, Antone Vokta, habe von allem gewußt und habe auch für Mysliveček und jene Sträflinge, die er mitnahm, in ihrer Wohnung Trinkfeste veranstaltet. Krivka gab dann weiter an, daß Mysliveček vom Häfling Ripper geföhntes Leder angenommen habe und daß er einmal unberechtigtweise vom Oberaufseher Zonka wegen Diebstahls angezeigt wurde. — Auf die Angaben Krivka's hin wurde gegen die Aufseher Mysliveček und Zonka eine Disziplinäruntersuchung eingeleitet. Während dieser Untersuchung gestand jedoch Krivka, daß er alle Angaben erfunden habe um sich an dem Aufseher zu rächen. Die Disziplinäruntersuchung gegen die Aufseher, die damals in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregte, mußte wegen Ergebnisslosigkeit eingestellt werden. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen Krivka die Anklage wegen Verleumdung und wegen Diebstahls (Krivka hatte nämlich in der Strafanstalt eine Decke gestohlen). Bei der heutigen Verhandlung erfuhr man, daß Krivka bereits mehreremal verurteilt ist und unter anderem wegen Zutrittsverweigerung seiner Mutter zehn Jahre Kerker erhalten hatte. Im Kerker meldete er sich ins Feld und zeichnete sich so aus — er erhielt die goldene und große silberne Tapferkeitsmedaille — daß ihm der Kerker und die Folgen der Strafe nachgesehen wurden. Heute wurde Krivka zu vier Monaten schweren Kerkers verurteilt. Für die Gefährlichkeit dieses Menschen geben seine Worte Zeugnis, die er beim Verlassen des Gerichtssaales zu dem Aufseher Mysliveček sagte: „Die Angelegenheit regeln wir noch einmal untereinander, aber ganz ausgiebig!“

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

### Prager Messe.

Mit dem heutigen Tage findet die Prager Messe ihren Abschluß. Bei einem Rundgang wird es wohl jeder als störend bemerken, daß die äußerliche Aufmachung dieser rein wirtschaftlichen Veranstaltung weder auf den Käufer des In- noch des Auslandes anziehend wirkt, weil die Messe dem oberflächlichen Betrachter mehr den Eindruck eines Jahrmärktes mit Wirtel- und Lebewerkläufern bietet. Immerhin kann gesagt werden, daß trotz der wirtschaftlichen Krise eine Anzahl Branchen größere Umsätze erzielt haben und so die Messe im großen ganzen wiederum einen wirtschaftlich nützlichen Zweck erfüllt hat. Den Löwenanteil dürfte diesmal die Maschinenindustrie und darunter ganz besonders die Industrie landwirtschaftlicher Maschinen sowie der Maschinen für Lebensmittelverwertung (Bäckerei- und Fleischereimaschinen) erzielt haben. Auch Ledergerätemerkmale wurden diesmal viel verkauft, dagegen ist der Schuhmarkt ungünstiger gewesen, da die Preise zu hoch sind. Günstiger lagen die Verhältnisse in der Möbelindustrie, wesswegen die Möbel- und Baumesse bis zum 25. März ausgedehnt wird. Die Papierindustrie war nicht sehr stark vertreten, größere Umsätze wurden in Ansichtskarten erzielt. Auch die Porzellan- und Glasindustrie vermochte einige Umsätze zu erzielen, bei Glas freilich nur in Trink- und Fenstergläsern. Von dem neuen feuerbeständigen Glas wurden ganze Waggonsladungen nach Amerika verkauft. Was die Textilbranchen betrifft, sind die größten Umsätze in Saisonartikeln, wie Frühjahrs- und Sommermodestoffen, erzielt worden. In der Lebensmittelbranche herrschte große Nachfrage nach Zuckervaren, während die Gabelzuckerindustrie nur im Inland Waren abgesetzt hat und sich das Ausland noch immer zurückhält.

### Was ist mit der Herabsetzung der Zollkoeffizienten.

Unter diesem Titel schreibt die „Narodni Politika“: Wie bekannt, wurde diese Maßnahme bereits im Septemberauftrag der Regierung verprochen und das Handelsministerium, welches in dieser Angelegenheit die Initiative ergriffen hat, hat eine Reihe von Beratungen und Enqueteen einberufen, in denen über eine gewisse Ermäßigung der Koeffizienten mit den einzelnen Interessengruppen verhandelt wurde. Gleichzeitig sollte bei dieser Gelegenheit eine Revision bzw. Milderung des bisherigen Bewilligungsverfahrens, so weit es sich um die Einfuhr handelt, durchgeführt werden. Die Verhandlungen, welche zunächst genug rasch vor sich gingen, wurden durch die Frage des Zollkoeffizienten für landwirtschaftliche Artikel kompliziert, womit ursprünglich nicht gerechnet worden war. Auch die Beratungen, welche in der Frage der Getreidezölle zwischen den einzelnen Ministerien stattfanden, haben zu keinem Einvernehmen geführt. Von Seite der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums wurde für Getreide und Mehl ein Koeffizient von sechs gefordert, während die anderen Ministerien höchstens einen Koeffizienten von drei zubilligen wollten, der aber erst in einem günstigeren Augenblick in Kraft treten sollte. Die ganze Angelegenheit ist heute in das Stadium getreten, daß die Anträge auf Herabsetzung der Zollkoeffizienten mit der bejählichen Ergänzungen hinsichtlich des Bewilligungsverfahrens fertig sind, und zwar in drei Varianten: das Laborat des Handelsministeriums und daneben die Anträge der Ministerien für Landwirtschaft bzw. für Volksernährung. Diese drei Anträge wurden nunmehr den anderen Ministerien zur Begutachtung vorgelegt. Es scheint jedoch, daß die Herabsetzung der Zollkoeffizienten, welche von wirtschaftlichen Bedürfnissen diktiert wird, schließlich auf anderem Wege verwirklicht werden wird, und zwar mit Hilfe der Handelsverträge. Es wird gerade jetzt eine Revision des Handelsvertrages mit Frankreich vorbereitet, welches von uns Zolltarifherabsetzungen im Umfang von ein Drittel unseres Zolltarifes verlangt!

Die Witkower Eisenwerke werden, wie das „Mährisch-schlesische Handelsblatt“ berichtet, in der nächsten Zeit wieder einige Hochöfen anblasen, so daß von sieben Hochöfen, die die Gesellschaft besitzt, Ende März fünf arbeiten werden, während Un-

fang Jänner nur zwei Öfen in Arbeit waren. Die Walzwerke arbeiten bereits mit vollem Betrieb, drei Schichten zu acht Stunden täglich, eine Reihe von Arbeitern machen Überstunden. Im ganzen beschäftigt das Walzwerk augenblicklich 2000 Arbeiter.

**Ein Schwefelstreit.** Die Vertreter der amerikanischen und sibirischen Schwefelfabrikanten haben eine Vereinbarung betreffend die Regelung des Schwefel-Weltmarktes unterzeichnet. Die Vereinbarung betrifft hauptsächlich die Festsetzung der Verkaufspreise und Bestimmung der Mengen, welche von jedem der Vertragsparteile verkauft werden sollen. Die Preise werden von Zeit zu Zeit vertraglich festgesetzt mit Berücksichtigung der Verhältnisse in einzelnen Verbrauchsländern und zwar derart, daß nach Möglichkeit das Preisniveau vor dem Kriege mit Berücksichtigung der Goldparität erreicht werde. Was die Aufteilung des Marktes betrifft, wurde vereinbart, daß den Bedarf Nordamerikas die amerikanische Erzeugung decken wird, wogegen der italienische Markt der italienischen Industrie vorbehalten bleibt. Der übrige Weltmarkt wird in einem bestimmten Verhältnis von der amerikanischen und sibirischen Erzeugung geteilt.

**Ungarisch-südslawisches Wirtschaftsabkommen.** Der „Trgovinski Glasnik“ (Belgrad) erfährt, daß mit Ungarn eine Vereinbarung getroffen worden ist, nach welcher vom 1. April an die Zufuhr und die Durchfuhr von nach Oesterreich, der Tschechoslowakei und Deutschland bestimmten Waren freigegeben wird.

**Defizit der Schweizerischen Bahnen.** Der Jahresabschluss der Schweizerischen Bundesbahnen verzeichnet ein Gesamtdefizit von 67,4 Millionen Schweizer Franken, während der Vorschlag ein Defizit von 30 Millionen vorsah. Das gesamte noch zu tilgende Rechnungsbudget steigt mit den Ausfällen der Vorjahre damit auf 232,5 Millionen Ende 1922.

### Krise in der Lodzer Textilindustrie.

Warschau, 17. März. Aus Lodz wird gemeldet, daß der Lodzer Textilindustrie eine neue schwere Krise droht. In der letzten Zeit hat sich die Ausfuhr von Textilwaren über die Grenzen bedeutend verringert. Im Vergleich zum November des Vorjahres verringerte sich im Laufe des Feber die Ausfuhr um etwa 50 Prozent. Rumänien, das wichtigste Absatzgebiet für Lodzer Textilzeugnisse, hat mit Rücksicht auf den Rückgang der rumänischen Valuta aufgehört, zu kaufen. Auf die allgemeine Zahl von 140.000 Textilarbeitern entfallen 30.000 Arbeitslose.

### Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	Schw. Frank	15,97'50
Berlin	Mark	618'45
Wien	Scherr. Kr.	2130'00

### Züricher Schlusskurse.

	Gold	Ware
Paris	33,60'00	33,75'00
London	25,21'50	25,23'50
Berlin	0,02'50	0,02'80
Wienland.	25,55'00	26,00'00
Holland	212'00	212'50
Wien	0,00'74	0,00'75
Rudapest.	0,15'00	0,16'50
Braun	15,90	15,97'50
New York	5,37'50	5,38'50
Belgrad	5,40'00	5,55'00
Moskau	0,112'00	0,137'00
Wien gest.	0,00'00	0,00'00

## Vorträge.

**Eheberatung, Eheglück und Bevölkerungspolitik.** Ueber dieses Thema spricht Montag in einem gemeinsamen vom Verein deutscher Arbeiter und der „Arxonia“ veranstalteten Vortrag Genosse Professor Dr. Zandler aus Wien. Der Genannte ist Vorstand des anatomischen Instituts in Wien und war im Kabinett Renner Untersuchungssekretär für das Gesundheitswesen, wo er sich insbesondere durch die Organisation der Versorgung der Kriegswunden und der Fürsorge für unterernährte, tuberkulöse Kinder ein großes Verdienst erwarb. Die von ihm in Wien geschaffenen Institutionen wurden von ausländischen Kommissionen studiert. Zandler hat auch das bedeutungsvolle Werk der Ueberführung des Kriegssanitätswesens auf den Friedenszustand durchgeführt. Nach seinem Ausscheiden aus der Regierung wurde er von der Gemeinde Wien zum Leiter des gesamten Gesundheits- und Fürsorgewesens dieser Millionenstadt berufen und hat nunmehr das größte Referat der Gemeinde inne. Auch da hat er muster-gültige Einrichtungen getroffen, unter denen in letzter Zeit die Schaffung einer Eheberatungsstelle Interesse auch im Auslande gefunden hat. Dieses Thema wird auch den Gegenstand seines Vortrages, dem man mit Interesse entgegensehen kann, bilden.

## Kunst und Wissen.

**Neues Theater.** Morgen, Montag „Hoffmanns Erzählungen“; Dienstag „Der Evangelmann“ mit Richard Kubla a. G.; Mittwoch „Frasquita“; Donnerstag um erstmalig „Die Erwachsenen“; Freitag, Gastspiel Kubla „Ernani“; Samstag „Aachen“; Sonntag nachmittags „Die Bajadere“, abends, Gastspiel Kubla „Ernani“.

**Kleine Bühne.** Heute nachmittags und Mittwoch „Extemporale“; heute abends, Dienstag und nächsten Sonntag nachmittags „Ingeborg“; morgen Montag „Casanovas Sohn“; Donnerstag „Der Tanz ins Glück“; Freitag „Sommerabend“ mit Leopold

Kramer a. G.; Samstag „Die Erwachsenen“; Sonntag abends „Das Konzert“ mit E. Kramer a. G.

**Aus der Theaterkassette.** Im Deutschen Theater findet Donnerstag die Erstaufführung des Lustspiels „Die Erwachsenen“ von Dr. Eling statt, Freitag neuinstudiert die Verdi-Oper „Ernani“ mit Kubla als Gast. In der Kleinen Bühne Donnerstag die Operette „Der Tanz ins Glück“ von Stofz, Sonntag „Das Konzert“ von Hermann Bahr mit E. Kramer als Gast.

## Aus der Partei.

**Bezirkskonferenz Halba.** Die am letzten Sonntag stattgefundene Bezirkskonferenz in Halba war von 43 Teilnehmern, die 12 Organisationen vertraten, besucht. Aus den Berichten war zu ersehen, daß trotz der ungeheueren Krise der Stand der Organisationen ein günstiger ist. Die Konferenz beschloß einhellig verschiedene Anträge, die sich mit der Werbung von Mitgliedern und für die Presse, sowie mit der Schaffung eines Jugendbeirates befaßten. Betreffend der Meißner wurde bestimmt, daß am Vormittag eine Rundgebung des ganzen Bezirkes veranstaltet wird, während der Nachmittag den Lokalorganisationen überlassen bleibt. Außerdem wird im Rittlicher Kessel eine Waierversammlung stattfinden. Ueber die kommenden Gemeindevahlen referierte Genosse Wandreje. Nach einer langen Debatte wurde dann folgender Antrag angenommen: „Innerhalb von vier Wochen ist eine Konferenz der Organisationen und Gemeindevorteiler abzuhalten.“ Nachdem noch über die Heimarbeiterfrage gesprochen wurde, schloß der Vorsitzende die Konferenz.

**Lokalorganisation Weinberge-Rulle-Bokwie.** Montag, den 19. März, abends 8 Uhr, Versammlung im Café „Nisa“, Weinberge, Jungmannstraße. Volljähriges Erdbienen erwünscht.

## Turnen und Sport.

**TTC gegen FASB-Agram 2:0 (2:0).** Bericht in der nächsten Folge des Blattes. — Heute: TTC gegen Nürnbergger Fußballverein, Sparta gegen Vienna, Slavia gegen Hamburger Victoria. — Der Zwist, der zwischen D. F. C. und Slavia seit 1897 besteht, ist beigelegt. Eine außerordentliche Vollversammlung der Slavia hat am Donnerstag beschlossen, die Beilegung des Zwistes durchzuführen. Ein offizieller Bericht wird heute veröffentlicht werden.

## Mitteilungen aus dem Publikum.



**Verehrte Hausfrau!**  
Beim Einkaufe von Fleisch, Mehl, Fett u. anderen Nahrungsmitteln achten Sie gewiss darauf, nur das Beste zu kaufen. An diesem Grundsatz halten Sie auch beim Einkaufe von Suppenwürze fest und verlangen Sie daher stets nur die Marke

Beim Einkaufe von Fleisch, Mehl, Fett u. anderen Nahrungsmitteln achten Sie gewiss darauf, nur das Beste zu kaufen. An diesem Grundsatz halten Sie auch beim Einkaufe von Suppenwürze fest und verlangen Sie daher stets nur die Marke



**„GRAF“**  
in Originalflaschen!  
Durch Vergleich mit anderen Suppenwürzen werden Sie feststellen:  
eine grössere **Ausgiebigkeit**,  
einen feinen u. unauffälligen **Geruch**,  
einen angenehmen u. **Geschmack**,  
nicht hervortretenden **Geschmack**,  
eine unbegrenzte **Halbbarkeit**.

**GRAF'S SUPPENWÜRZL**  
hinterlässt in den Flaschen **keinerlei Salz**

„Tolle Weiber“ (Joliff Wives). 1490  
**Das Beste für Ihre Augen**  
liefert **Optiker Deutsch, Prag**,  
Graben 25, Kl. Bazar.  
180  
Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cerman.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Staud.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.  
Für den Druck verantwortlich: O. Polik.





**Der lesende Arbeiter**  
das ist der  
denkende und kämpfende  
Arbeiter!  
In der Not der Arbeitslosigkeit,  
im Kampfe um bessere  
Arbeitsbedingungen,  
im Kampfe um geistige Freiheit  
und Kultur ist der  
„Sozialdemokrat“  
das Zentralorgan der deutschen  
sozialdemokratischen Arbeiter-  
partei in der tschechoslowaki-  
schen Republik das einigende,  
geistige Band, welches das  
deutsche Proletariat im Angriff  
und Abwehr zusammenschließt.  
Werdet Leser und werbet  
neue Leser des  
„Sozialdemokrat“

Ausschneiden und einsenden.

Abonnements-Bestellschein. Abonnire ab 1928  
monatlich 16 Kč — vierteljährlich  
48 Kč — halbjährlich 96 Kč — ganzjährig 192 Kč (nicht Zutreffendes  
durchstreichen) den

„Sozialdemokrat.“ — Verfallung Prag II., Barbákova str. 32.

Vor- und Zuname: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_  
Ort, Bezirk \_\_\_\_\_  
Strasse und Nr. \_\_\_\_\_

# Frühjahrsmäntel

für Kinder, Knaben u. Mädchen  
Enorme Auswahl  
Erstklassige Ausführung  
Beste Qualitäten

Spezialhaus für vornehme Bekleidung der Jugend

FERD. HIRSCH, PRAG, Železná 14.

Pillale Národní třída 27 „Plattels“ 1403

Die Auslagen werden d. frdl. Besichtigung empfohlen.

Verlangen Sie die führenden amerik.  
prima Schweine - Schmalzmarken und  
schönsten Speckschnitte

## „APEC“ und „Morrell“

Vertreter für die Cochoslowakei:  
Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.  
Drahtanschrift „Rostra“ Telefon 6607



Kautschukabsätze und Kautschuksohlen

Schonen die Nerven, schützen die Füße, helfen sparen!

**Osterbrote mürb und fein  
Können nur aus „Sana“ sein**

Kochrezepte versendet

# SANA

G. m. b. H.

früher Karl Werfel, Prag.

Die Volksbuchhandlung

## Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges  
Lager jeder Art  
Literatur.

Alle nicht lagernden  
oder wo immer ange-  
forderten Bücher und  
Zeitschriften werden  
raschest geliefert.



# YOST Farbbandlose Schreibmaschine für schöne Schrift.

Alleinvertreib: Prag II., Nekázanka 2. Tel. 5041.

Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“

Werkstatt beste Bezugsquelle für billige böhmische Bettfedern!

1. Klasse graue, gute Gänsefedern 18 K, halbweiche gefüllte 25 K, weiche, flaumige, gefüllte 30 K, 40 K, 50 K; feine, Halbbaum-Bezugsquelle 60 K, 70 K, 80 K, 90 K, 100 K; feine, weiche, gefüllte 120 K, 130 K, 140 K, 150 K; feine, weiche, gefüllte 160 K, 170 K, 180 K, 190 K, 200 K; feine, weiche, gefüllte 210 K, 220 K, 230 K, 240 K, 250 K; feine, weiche, gefüllte 260 K, 270 K, 280 K, 290 K, 300 K; feine, weiche, gefüllte 310 K, 320 K, 330 K, 340 K, 350 K; feine, weiche, gefüllte 360 K, 370 K, 380 K, 390 K, 400 K; feine, weiche, gefüllte 410 K, 420 K, 430 K, 440 K, 450 K; feine, weiche, gefüllte 460 K, 470 K, 480 K, 490 K, 500 K; feine, weiche, gefüllte 510 K, 520 K, 530 K, 540 K, 550 K; feine, weiche, gefüllte 560 K, 570 K, 580 K, 590 K, 600 K; feine, weiche, gefüllte 610 K, 620 K, 630 K, 640 K, 650 K; feine, weiche, gefüllte 660 K, 670 K, 680 K, 690 K, 700 K; feine, weiche, gefüllte 710 K, 720 K, 730 K, 740 K, 750 K; feine, weiche, gefüllte 760 K, 770 K, 780 K, 790 K, 800 K; feine, weiche, gefüllte 810 K, 820 K, 830 K, 840 K, 850 K; feine, weiche, gefüllte 860 K, 870 K, 880 K, 890 K, 900 K; feine, weiche, gefüllte 910 K, 920 K, 930 K, 940 K, 950 K; feine, weiche, gefüllte 960 K, 970 K, 980 K, 990 K, 1000 K; feine, weiche, gefüllte 1010 K, 1020 K, 1030 K, 1040 K, 1050 K; feine, weiche, gefüllte 1060 K, 1070 K, 1080 K, 1090 K, 1100 K; feine, weiche, gefüllte 1110 K, 1120 K, 1130 K, 1140 K, 1150 K; feine, weiche, gefüllte 1160 K, 1170 K, 1180 K, 1190 K, 1200 K; feine, weiche, gefüllte 1210 K, 1220 K, 1230 K, 1240 K, 1250 K; feine, weiche, gefüllte 1260 K, 1270 K, 1280 K, 1290 K, 1300 K; feine, weiche, gefüllte 1310 K, 1320 K, 1330 K, 1340 K, 1350 K; feine, weiche, gefüllte 1360 K, 1370 K, 1380 K, 1390 K, 1400 K; feine, weiche, gefüllte 1410 K, 1420 K, 1430 K, 1440 K, 1450 K; feine, weiche, gefüllte 1460 K, 1470 K, 1480 K, 1490 K, 1500 K; feine, weiche, gefüllte 1510 K, 1520 K, 1530 K, 1540 K, 1550 K; feine, weiche, gefüllte 1560 K, 1570 K, 1580 K, 1590 K, 1600 K; feine, weiche, gefüllte 1610 K, 1620 K, 1630 K, 1640 K, 1650 K; feine, weiche, gefüllte 1660 K, 1670 K, 1680 K, 1690 K, 1700 K; feine, weiche, gefüllte 1710 K, 1720 K, 1730 K, 1740 K, 1750 K; feine, weiche, gefüllte 1760 K, 1770 K, 1780 K, 1790 K, 1800 K; feine, weiche, gefüllte 1810 K, 1820 K, 1830 K, 1840 K, 1850 K; feine, weiche, gefüllte 1860 K, 1870 K, 1880 K, 1890 K, 1900 K; feine, weiche, gefüllte 1910 K, 1920 K, 1930 K, 1940 K, 1950 K; feine, weiche, gefüllte 1960 K, 1970 K, 1980 K, 1990 K, 2000 K; feine, weiche, gefüllte 2010 K, 2020 K, 2030 K, 2040 K, 2050 K; feine, weiche, gefüllte 2060 K, 2070 K, 2080 K, 2090 K, 2100 K; feine, weiche, gefüllte 2110 K, 2120 K, 2130 K, 2140 K, 2150 K; feine, weiche, gefüllte 2160 K, 2170 K, 2180 K, 2190 K, 2200 K; feine, weiche, gefüllte 2210 K, 2220 K, 2230 K, 2240 K, 2250 K; feine, weiche, gefüllte 2260 K, 2270 K, 2280 K, 2290 K, 2300 K; feine, weiche, gefüllte 2310 K, 2320 K, 2330 K, 2340 K, 2350 K; feine, weiche, gefüllte 2360 K, 2370 K, 2380 K, 2390 K, 2400 K; feine, weiche, gefüllte 2410 K, 2420 K, 2430 K, 2440 K, 2450 K; feine, weiche, gefüllte 2460 K, 2470 K, 2480 K, 2490 K, 2500 K; feine, weiche, gefüllte 2510 K, 2520 K, 2530 K, 2540 K, 2550 K; feine, weiche, gefüllte 2560 K, 2570 K, 2580 K, 2590 K, 2600 K; feine, weiche, gefüllte 2610 K, 2620 K, 2630 K, 2640 K, 2650 K; feine, weiche, gefüllte 2660 K, 2670 K, 2680 K, 2690 K, 2700 K; feine, weiche, gefüllte 2710 K, 2720 K, 2730 K, 2740 K, 2750 K; feine, weiche, gefüllte 2760 K, 2770 K, 2780 K, 2790 K, 2800 K; feine, weiche, gefüllte 2810 K, 2820 K, 2830 K, 2840 K, 2850 K; feine, weiche, gefüllte 2860 K, 2870 K, 2880 K, 2890 K, 2900 K; feine, weiche, gefüllte 2910 K, 2920 K, 2930 K, 2940 K, 2950 K; feine, weiche, gefüllte 2960 K, 2970 K, 2980 K, 2990 K, 3000 K; feine, weiche, gefüllte 3010 K, 3020 K, 3030 K, 3040 K, 3050 K; feine, weiche, gefüllte 3060 K, 3070 K, 3080 K, 3090 K, 3100 K; feine, weiche, gefüllte 3110 K, 3120 K, 3130 K, 3140 K, 3150 K; feine, weiche, gefüllte 3160 K, 3170 K, 3180 K, 3190 K, 3200 K; feine, weiche, gefüllte 3210 K, 3220 K, 3230 K, 3240 K, 3250 K; feine, weiche, gefüllte 3260 K, 3270 K, 3280 K, 3290 K, 3300 K; feine, weiche, gefüllte 3310 K, 3320 K, 3330 K, 3340 K, 3350 K; feine, weiche, gefüllte 3360 K, 3370 K, 3380 K, 3390 K, 3400 K; feine, weiche, gefüllte 3410 K, 3420 K, 3430 K, 3440 K, 3450 K; feine, weiche, gefüllte 3460 K, 3470 K, 3480 K, 3490 K, 3500 K; feine, weiche, gefüllte 3510 K, 3520 K, 3530 K, 3540 K, 3550 K; feine, weiche, gefüllte 3560 K, 3570 K, 3580 K, 3590 K, 3600 K; feine, weiche, gefüllte 3610 K, 3620 K, 3630 K, 3640 K, 3650 K; feine, weiche, gefüllte 3660 K, 3670 K, 3680 K, 3690 K, 3700 K; feine, weiche, gefüllte 3710 K, 3720 K, 3730 K, 3740 K, 3750 K; feine, weiche, gefüllte 3760 K, 3770 K, 3780 K, 3790 K, 3800 K; feine, weiche, gefüllte 3810 K, 3820 K, 3830 K, 3840 K, 3850 K; feine, weiche, gefüllte 3860 K, 3870 K, 3880 K, 3890 K, 3900 K; feine, weiche, gefüllte 3910 K, 3920 K, 3930 K, 3940 K, 3950 K; feine, weiche, gefüllte 3960 K, 3970 K, 3980 K, 3990 K, 4000 K; feine, weiche, gefüllte 4010 K, 4020 K, 4030 K, 4040 K, 4050 K; feine, weiche, gefüllte 4060 K, 4070 K, 4080 K, 4090 K, 4100 K; feine, weiche, gefüllte 4110 K, 4120 K, 4130 K, 4140 K, 4150 K; feine, weiche, gefüllte 4160 K, 4170 K, 4180 K, 4190 K, 4200 K; feine, weiche, gefüllte 4210 K, 4220 K, 4230 K, 4240 K, 4250 K; feine, weiche, gefüllte 4260 K, 4270 K, 4280 K, 4290 K, 4300 K; feine, weiche, gefüllte 4310 K, 4320 K, 4330 K, 4340 K, 4350 K; feine, weiche, gefüllte 4360 K, 4370 K, 4380 K, 4390 K, 4400 K; feine, weiche, gefüllte 4410 K, 4420 K, 4430 K, 4440 K, 4450 K; feine, weiche, gefüllte 4460 K, 4470 K, 4480 K, 4490 K, 4500 K; feine, weiche, gefüllte 4510 K, 4520 K, 4530 K, 4540 K, 4550 K; feine, weiche, gefüllte 4560 K, 4570 K, 4580 K, 4590 K, 4600 K; feine, weiche, gefüllte 4610 K, 4620 K, 4630 K, 4640 K, 4650 K; feine, weiche, gefüllte 4660 K, 4670 K, 4680 K, 4690 K, 4700 K; feine, weiche, gefüllte 4710 K, 4720 K, 4730 K, 4740 K, 4750 K; feine, weiche, gefüllte 4760 K, 4770 K, 4780 K, 4790 K, 4800 K; feine, weiche, gefüllte 4810 K, 4820 K, 4830 K, 4840 K, 4850 K; feine, weiche, gefüllte 4860 K, 4870 K, 4880 K, 4890 K, 4900 K; feine, weiche, gefüllte 4910 K, 4920 K, 4930 K, 4940 K, 4950 K; feine, weiche, gefüllte 4960 K, 4970 K, 4980 K, 4990 K, 5000 K; feine, weiche, gefüllte 5010 K, 5020 K, 5030 K, 5040 K, 5050 K; feine, weiche, gefüllte 5060 K, 5070 K, 5080 K, 5090 K, 5100 K; feine, weiche, gefüllte 5110 K, 5120 K, 5130 K, 5140 K, 5150 K; feine, weiche, gefüllte 5160 K, 5170 K, 5180 K, 5190 K, 5200 K; feine, weiche, gefüllte 5210 K, 5220 K, 5230 K, 5240 K, 5250 K; feine, weiche, gefüllte 5260 K, 5270 K, 5280 K, 5290 K, 5300 K; feine, weiche, gefüllte 5310 K, 5320 K, 5330 K, 5340 K, 5350 K; feine, weiche, gefüllte 5360 K, 5370 K, 5380 K, 5390 K, 5400 K; feine, weiche, gefüllte 5410 K, 5420 K, 5430 K, 5440 K, 5450 K; feine, weiche, gefüllte 5460 K, 5470 K, 5480 K, 5490 K, 5500 K; feine, weiche, gefüllte 5510 K, 5520 K, 5530 K, 5540 K, 5550 K; feine, weiche, gefüllte 5560 K, 5570 K, 5580 K, 5590 K, 5600 K; feine, weiche, gefüllte 5610 K, 5620 K, 5630 K, 5640 K, 5650 K; feine, weiche, gefüllte 5660 K, 5670 K, 5680 K, 5690 K, 5700 K; feine, weiche, gefüllte 5710 K, 5720 K, 5730 K, 5740 K, 5750 K; feine, weiche, gefüllte 5760 K, 5770 K, 5780 K, 5790 K, 5800 K; feine, weiche, gefüllte 5810 K, 5820 K, 5830 K, 5840 K, 5850 K; feine, weiche, gefüllte 5860 K, 5870 K, 5880 K, 5890 K, 5900 K; feine, weiche, gefüllte 5910 K, 5920 K, 5930 K, 5940 K, 5950 K; feine, weiche, gefüllte 5960 K, 5970 K, 5980 K, 5990 K, 6000 K; feine, weiche, gefüllte 6010 K, 6020 K, 6030 K, 6040 K, 6050 K; feine, weiche, gefüllte 6060 K, 6070 K, 6080 K, 6090 K, 6100 K; feine, weiche, gefüllte 6110 K, 6120 K, 6130 K, 6140 K, 6150 K; feine, weiche, gefüllte 6160 K, 6170 K, 6180 K, 6190 K, 6200 K; feine, weiche, gefüllte 6210 K, 6220 K, 6230 K, 6240 K, 6250 K; feine, weiche, gefüllte 6260 K, 6270 K, 6280 K, 6290 K, 6300 K; feine, weiche, gefüllte 6310 K, 6320 K, 6330 K, 6340 K, 6350 K; feine, weiche, gefüllte 6360 K, 6370 K, 6380 K, 6390 K, 6400 K; feine, weiche, gefüllte 6410 K, 6420 K, 6430 K, 6440 K, 6450 K; feine, weiche, gefüllte 6460 K, 6470 K, 6480 K, 6490 K, 6500 K; feine, weiche, gefüllte 6510 K, 6520 K, 6530 K, 6540 K, 6550 K; feine, weiche, gefüllte 6560 K, 6570 K, 6580 K, 6590 K, 6600 K; feine, weiche, gefüllte 6610 K, 6620 K, 6630 K, 6640 K, 6650 K; feine, weiche, gefüllte 6660 K, 6670 K, 6680 K, 6690 K, 6700 K; feine, weiche, gefüllte 6710 K, 6720 K, 6730 K, 6740 K, 6750 K; feine, weiche, gefüllte 6760 K, 6770 K, 6780 K, 6790 K, 6800 K; feine, weiche, gefüllte 6810 K, 6820 K, 6830 K, 6840 K, 6850 K; feine, weiche, gefüllte 6860 K, 6870 K, 6880 K, 6890 K, 6900 K; feine, weiche, gefüllte 6910 K, 6920 K, 6930 K, 6940 K, 6950 K; feine, weiche, gefüllte 6960 K, 6970 K, 6980 K, 6990 K, 7000 K; feine, weiche, gefüllte 7010 K, 7020 K, 7030 K, 7040 K, 7050 K; feine, weiche, gefüllte 7060 K, 7070 K, 7080 K, 7090 K, 7100 K; feine, weiche, gefüllte 7110 K, 7120 K, 7130 K, 7140 K, 7150 K; feine, weiche, gefüllte 7160 K, 7170 K, 7180 K, 7190 K, 7200 K; feine, weiche, gefüllte 7210 K, 7220 K, 7230 K, 7240 K, 7250 K; feine, weiche, gefüllte 7260 K, 7270 K, 7280 K, 7290 K, 7300 K; feine, weiche, gefüllte 7310 K, 7320 K, 7330 K, 7340 K, 7350 K; feine, weiche, gefüllte 7360 K, 7370 K, 7380 K, 7390 K, 7400 K; feine, weiche, gefüllte 7410 K, 7420 K, 7430 K, 7440 K, 7450 K; feine, weiche, gefüllte 7460 K, 7470 K, 7480 K, 7490 K, 7500 K; feine, weiche, gefüllte 7510 K, 7520 K, 7530 K, 7540 K, 7550 K; feine, weiche, gefüllte 7560 K, 7570 K, 7580 K, 7590 K, 7600 K; feine, weiche, gefüllte 7610 K, 7620 K, 7630 K, 7640 K, 7650 K; feine, weiche, gefüllte 7660 K, 7670 K, 7680 K, 7690 K, 7700 K; feine, weiche, gefüllte 7710 K, 7720 K, 7730 K, 7740 K, 7750 K; feine, weiche, gefüllte 7760 K, 7770 K, 7780 K, 7790 K, 7800 K; feine, weiche, gefüllte 7810 K, 7820 K, 7830 K, 7840 K, 7850 K; feine, weiche, gefüllte 7860 K, 7870 K, 7880 K, 7890 K, 7900 K; feine, weiche, gefüllte 7910 K, 7920 K, 7930 K, 7940 K, 7950 K; feine, weiche, gefüllte 7960 K, 7970 K, 7980 K, 7990 K, 8000 K; feine, weiche, gefüllte 8010 K, 8020 K, 8030 K, 8040 K, 8050 K; feine, weiche, gefüllte 8060 K, 8070 K, 8080 K, 8090 K, 8100 K; feine, weiche, gefüllte 8110 K, 8120 K, 8130 K, 8140 K, 8150 K; feine, weiche, gefüllte 8160 K, 8170 K, 8180 K, 8190 K, 8200 K; feine, weiche, gefüllte 8210 K, 8220 K, 8230 K, 8240 K, 8250 K; feine, weiche, gefüllte 8260 K, 8270 K, 8280 K, 8290 K, 8300 K; feine, weiche, gefüllte 8310 K, 8320 K, 8330 K, 8340 K, 8350 K; feine, weiche, gefüllte 8360 K, 8370 K, 8380 K, 8390 K, 8400 K; feine, weiche, gefüllte 8410 K, 8420 K, 8430 K, 8440 K, 8450 K; feine, weiche, gefüllte 8460 K, 8470 K, 8480 K, 8490 K, 8500 K; feine, weiche, gefüllte 8510 K, 8520 K, 8530 K, 8540 K, 8550 K; feine, weiche, gefüllte 8560 K, 8570 K, 8580 K, 8590 K, 8600 K; feine, weiche, gefüllte 8610 K, 8620 K, 8630 K, 8640 K, 8650 K; feine, weiche, gefüllte 8660 K, 8670 K, 8680 K, 8690 K, 8700 K; feine, weiche, gefüllte 8710 K, 8720 K, 8730 K, 8740 K, 8750 K; feine, weiche, gefüllte 8760 K, 8770 K, 8780 K, 8790 K, 8800 K; feine, weiche, gefüllte 8810 K, 8820 K, 8830 K, 8840 K, 8850 K; feine, weiche, gefüllte 8860 K, 8870 K, 8880 K, 8890 K, 8900 K; feine, weiche, gefüllte 8910 K, 8920 K, 8930 K, 8940 K, 8950 K; feine, weiche, gefüllte 8960 K, 8970 K, 8980 K, 8990 K, 9000 K; feine, weiche, gefüllte 9010 K, 9020 K, 9030 K, 9040 K, 9050 K; feine, weiche, gefüllte 9060 K, 9070 K, 9080 K, 9090 K, 9100 K; feine, weiche, gefüllte 9110 K, 9120 K, 9130 K, 9140 K, 9150 K; feine, weiche, gefüllte 9160 K, 9170 K, 9180 K, 9190 K, 9200 K; feine, weiche, gefüllte 9210 K, 9220 K, 9230 K, 9240 K, 9250 K; feine, weiche, gefüllte 9260 K, 9270 K, 9280 K, 9290 K, 9300 K; feine, weiche, gefüllte 9310 K, 9320 K, 9330 K, 9340 K, 9350 K; feine, weiche, gefüllte 9360 K, 9370 K, 9380 K, 9390 K, 9400 K; feine, weiche, gefüllte 9410 K, 9420 K, 9430 K, 9440 K, 9450 K; feine, weiche, gefüllte 9460 K, 9470 K, 9480 K, 9490 K, 9500 K; feine, weiche, gefüllte 9510 K, 9520 K, 9530 K, 9540 K, 9550 K; feine, weiche, gefüllte 9560 K, 9570 K, 9580 K, 9590 K, 9600 K; feine, weiche, gefüllte 9610 K, 9620 K, 9630 K, 9640 K, 9650 K; feine, weiche, gefüllte 9660 K, 9670 K, 9680 K, 9690 K, 9700 K; feine, weiche, gefüllte 9710 K, 9720 K, 9730 K, 9740 K, 9750 K; feine, weiche, gefüllte 9760 K, 9770 K, 9780 K, 9790 K, 9800 K; feine, weiche, gefüllte 9810 K, 9820 K, 9830 K, 9840 K, 9850 K; feine, weiche, gefüllte 9860 K, 9870 K, 9880 K, 9890 K, 9900 K; feine, weiche, gefüllte 9910 K, 9920 K, 9930 K, 9940 K, 9950 K; feine, weiche, gefüllte 9960 K, 9970 K, 9980 K, 9990 K, 10000 K; feine, weiche, gefüllte 10010 K, 10020 K, 10030 K, 10040 K, 10050 K; feine, weiche, gefüllte 10060 K, 10070 K, 10080 K, 10090 K, 10100 K; feine, weiche, gefüllte 10110 K, 10120 K, 10130 K, 10140 K, 10150 K; feine, weiche, gefüllte 10160 K, 10170 K, 10180 K, 10190 K, 10200 K; feine, weiche, gefüllte 10210 K, 10220 K, 10230 K, 10240 K, 10250 K; feine, weiche, gefüllte 10260 K, 10270 K, 10280 K, 10290 K, 10300 K; feine, weiche, gefüllte 10310 K, 10320 K, 10330 K, 10340 K, 10350 K; feine, weiche, gefüllte 10360 K, 10370 K, 10380 K, 10390 K, 10400 K; feine, weiche, gefüllte 10410 K, 10420 K, 10430 K, 10440 K, 10450 K; feine, weiche, gefüllte 10460 K, 10470 K, 10480 K, 10490 K, 10500 K; feine, weiche, gefüllte 10510 K, 10520 K, 10530 K, 10540 K, 10550 K; feine, weiche, gefüllte 10560 K, 10570 K, 10580 K, 10590 K, 10600 K; feine, weiche, gefüllte 10610 K, 10620 K, 10630 K, 10640 K, 10650 K; feine, weiche, gefüllte 10660 K, 10670 K, 10680 K, 10690 K, 10700 K; feine, weiche, gefüllte 10710 K, 10720 K, 10730 K, 10740 K, 10750 K; feine, weiche, gefüllte 10760 K, 10770 K, 10780 K, 10790 K, 10800 K; feine, weiche, gefüllte 10810 K, 10820 K, 10830 K, 10840 K, 10850 K; feine, weiche, gefüllte 10860 K, 10870 K, 10880 K, 10890 K, 10900 K; feine, weiche, gefüllte 10910 K, 10920 K, 10930 K, 10940 K, 10950 K; feine, weiche, gefüllte 10960 K, 10970 K, 10980 K, 10990 K, 11000 K; feine, weiche, gefüllte 11010 K, 11020 K, 11030 K, 11040 K, 11050 K; feine, weiche, gefüllte 11060 K, 11070 K, 11080 K, 11090 K, 11100 K; feine, weiche, gefüllte 11110 K, 11120 K, 11130 K, 11140 K, 11150 K; feine, weiche, gefüllte 11160 K, 11170 K, 11180 K, 11190 K, 11200 K; feine, weiche, gefüllte 11210 K, 11220 K, 11230 K, 11240 K, 11250 K; feine, weiche, gefüllte 11260 K, 11270 K, 11280 K, 11290 K, 11300 K; feine, weiche, gefüllte 11310 K, 11320 K, 11330 K, 11340 K, 11350 K; feine, weiche, gefüllte 11360 K, 11370 K, 11380 K, 11390 K, 11400 K; feine, weiche, gefüllte 11410 K, 11420 K, 11430 K, 11440 K, 11450 K; feine, weiche, gefüllte 11460 K, 11470 K, 11480 K, 11490 K, 11500 K; feine, weiche, gefüllte 11510 K, 11520 K, 11530 K, 11540 K, 11550 K; feine, weiche, gefüllte 11560 K, 11570 K, 11580 K, 11590 K, 11600 K; feine, weiche, gefüllte 11610 K, 11620 K, 11630 K, 11640 K, 11650 K; feine, weiche, gefüllte 11660 K, 11670 K, 11680 K, 11690 K, 11700 K; feine, weiche, gefüllte 11710 K, 11720 K, 11730 K, 11740 K, 11750 K; feine, weiche, gefüllte 11760 K, 11770 K, 1178